

VERENA MORITZ UND HANNES LEIDINGER (WIEN)

Wien als Standort der Kommunistischen Internationale bis Mitte der Zwanzigerjahre¹

Im Zusammenhang mit der Bekämpfung des »Bolschewismus« sah sich das österreichische Bundeskanzleramt 1925 veranlasst, die Leistungen der Polizeibehörden ausdrücklich zu würdigen. Grund hierfür waren sich häufende Berichte in der ausländischen Presse über Wien als Operationsbasis für die Kommunistische Internationale (Komintern, KI). Das Bundeskanzleramt war bemüht, derartige Gerüchte zu zerstreuen und verwies in diesem Zusammenhang auf die Entwicklung der kleinen Republik nach dem Ende des Ersten Weltkriegs. Der Polizei unter Polizeipräsident Johannes Schober (1918–1921 und 1922–1929) sei es zu verdanken, dass die Bevölkerung 1918 »besonnen« geblieben sei und von einem verhältnismäßig ruhigen Übergang in eine »neue Epoche« gesprochen werden könne. »Österreich«, erklärte die Regierung, »ist einer der ganz wenigen europäischen Staaten, in denen trotz des denkbar freiesten Wahlrechtes und ohne dass je auch nur die geringste Ausnahmeverfügung getroffen worden wäre, die kommunistische Partei nicht imstande war, auch nur einen einzigen Vertreter in das Parlament zu entsenden.«²

Die Kommunistische Partei Deutschösterreichs (KPDÖ) wurde bereits am 3. November 1918 gegründet. Nach den gescheiterten Versuchen von 1918/19, in dem kleinen Land eine Räterepublik zu errichten, wurde die KPDÖ allerdings nicht mehr als ernsthafte Gefahr eingestuft. Dessen ungeachtet betrachtete das Ausland die Donaumetropole Wien als strategisch wichtigen Stützpunkt über Österreich hinaus operierender Komintern-Einrichtungen sowie verschiedener sowjetischer Auslandsorganisationen. Wien sei die »Bolschewikenzentrale für Mittel-

¹ Der vorliegende Artikel entstand im Rahmen des von Finbarr McLoughlin (Wien) geleiteten Forschungsvorhabens »Österreich und die Kommunistische Internationale 1918–1938«. Die Autoren des vorliegenden Beitrages sind Mitarbeiter dieses Projektes und für die Aufarbeitung des Themas im Zeitraum 1918 bis Juli 1927 zuständig. Die ersten beiden Kapitel dieses Beitrages wurden von Verena Moritz verfasst, das dritte stammt von Hannes Leidinger, der Einleitungstext von beiden Autoren. Für ihre Unterstützung bezüglich unserer Archivrecherchen in Moskau danken wir Aleksandr Vatlin und Viktor Iščenko.

² Zitiert nach Suppan, Arnold: Jugoslawien und Österreich 1918–1938. Bilaterale Außenpolitik im europäischen Umfeld, Wien/München 1996, S. 382.

europa«, hieß es in einigen Budapester Zeitungen Anfang 1920.³ Bayerische Zeitungen sprachen im Jahr darauf von der »Verlegung der kommunistischen Zentraleitung« in die ehemalige Hauptstadt des Habsburger Imperiums.⁴

Die in Wien akkreditierten ausländischen Diplomaten begannen sich mehr und mehr für die Hintergründe derartiger Meldungen zu interessieren. Die holländische Wiener Gesandtschaft wollte 1921 Näheres über die »Propagandastelle« im Herzen Europas erfahren, und 1923 ließ die Siguranța, die rumänische Staatspolizei, via Außenministerium in Bukarest verkünden, dass die »bolschewistische Auslandsarbeit« nun »nicht mehr unmittelbar von Moskau« betrieben werde. Das neue Zentrum befinde sich in Wien, und zwar bei der offiziellen Vertretung der UdSSR, der angeblich mehrere hundert Personen zu Spionagezwecken angegliedert seien.⁵ In den folgenden Jahren verbreitete die Siguranța derartige Nachrichten wiederholt, vor allem 1925, als gleich lautende Meldungen auch in Londoner Blättern auftauchten.⁶ Unterdessen zeigte man sich auch in Belgrad besorgt. Österreichs Gesandter Hoffinger verwies auf Äußerungen des jugoslawischen Königs Aleksandar. Dieser habe von der »Konzentrierung aller staatsgefährlichen bolschewistischen Umtriebe in Wien und dem »manque d' énergie« bei dessen Bekämpfung« gesprochen, wobei er, so der österreichische Diplomat in seinem Bericht nach Wien, »den Ausdruck später sogar durch den stärkeren »mauvais vouloir« ersetzt haben soll.«⁷

Der Druck auf die österreichischen Regierungsstellen wuchs kontinuierlich. Zwar habe Moskau, wurde zugegeben, Anstrengungen unternommen, Wien als Basis für die »kommunistischen Umtriebe am Balkan« auszubauen. Die »daraufhin ergriffenen polizeilichen Maßnahmen« hätten jedoch »alle Pläne zunichte« gemacht.⁸ Organisationen der Dritten Internationale hätten nicht Fuß fassen können. Gerüchte über den Aufenthalt maßgeblicher Kominternfunktionäre in Österreich seien überzogen, wenn nicht unglaubwürdig.⁹

Doch die politisch-strategische Relevanz Wiens für verschiedene »illegale kommunistische Apparate« war augenfällig. »Nach Wien hatten kommunistische Parteien, die in ihren Heimatländern schwer verfolgt wurden, eine Reihe von ständigen Vertretern und Auslandsapparaten, mitunter einen Großteil der jeweili-

³ Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik (im Folgenden: ÖSTA/AdR), Bundesministerium für Äußeres/Neues Politisches Archiv (im Folgenden: BMfA/NPA), Politische Akten Liasse Ungarn 1/19, Zl. 659 vom 21. Februar 1920, Fol. 176.

⁴ Bundesarchiv, 1507/1084, Bl. 28.

⁵ ÖSTA/AdR, BmfA/NPA, Gesandtschaft Bukarest, Zl. 11017 vom 2. Januar 1924, Fol. 374.

⁶ ÖSTA/AdR, BmfA, Gesandtschaft Bukarest, Zl. 12169 vom 11. März 1925, Fol. 862; ÖSTA/AdR, BmfA, Gesandtschaftsarchiv London, Zl. 208 vom 29. Mai 1925.

⁷ ÖSTA/AdR, BmfA/NPA, Gesandtschaft Belgrad, Zl. 13.229 vom 11. Mai 1925.

⁸ ÖSTA/AdR, Inneres/Justiz, Bundeskanzleramt, Polizeidirektion Wien, Bericht vom 16. Januar 1925.

⁹ Ebenda.

gen Zentralkomitees verlegt, die teils eine rege publizistische Aktivität entfalteten, zum größeren Teil hingegen völlig illegal agierten.«¹⁰

Die Autoren möchten im Folgenden die bis Mitte der Zwanziger Jahre weitgehend vollzogene Etablierung staatlicher sowjetischer Dienste sowie von KI-Organisationen in Wien skizzieren und der Frage nachgehen, wie es dazu kam, dass sich die ehemalige Residenzstadt der Habsburger den Ruf als »Bolschewikenzentrale« erwarb. Aufgabe ist es, die Bedeutung der Stadt als Stützpunkt und Operationsbasis zu zeigen und damit ein Fundament für weitere, problemorientierte Forschungen zu legen, die sich unter anderem verstärkt mit der Tätigkeit der in Wien befindlichen Apparate sowie mit den Auswirkungen der Kominternpolitik auf diese zu beschäftigen haben.¹¹

Es erschien dabei in einem ersten Schritt sinnvoll, zunächst einmal zu erfassen, welche Apparate die österreichische Hauptstadt als Standort nutzen. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, musste eine streng chronologische Narration von einer gewissermaßen sachthematisch dominierten durchbrochen werden. Unter Berücksichtigung der Voraussetzungen und Gründe für die Bedeutung Wiens als Stützpunkt ist folgerichtig auch die Situation der jeweiligen ausländischen kommunistischen Parteien in ihren Herkunftsländern Teil unserer Ausführungen. In die Darstellung wurden des Weiteren auch grundlegende Aspekte der österreichischen Asylpolitik mit einbezogen, die mit ein Grund für die Niederlassung kommunistischer Akteure in Wien war. Für den Untersuchungsgegenstand von Interesse sind zudem auch Hinweise auf den Informationsstand beziehungsweise die Informationspolitik der österreichischen Behörden bezüglich der Tätigkeit kommunistischer »Akteure« und »Exilanten« auf dem Boden der Bundeshauptstadt.

Die Auslandsorganisationen der Komintern und Sowjetrusslands in Wien

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI) beschloss am 14. April 1919 die Errichtung von Auslandsfilialen.¹² Deren Mitarbeiter sollten in erster Linie zwischen der damals weitgehend isolierten RSFSR und dem übrigen Europa Verbindung halten.¹³ Als die Räterepubliken in Bayern und Ungarn nach kurzer Lebensdauer zusammenbrachen, gewannen sie noch zusätzlich an Bedeu-

¹⁰ Schafranek, Hans: Das kurze Leben des Kurt Landau. Ein österreichischer Kommunist als Opfer der stalinistischen Geheimpolizei, Wien 1988, S. 53.

¹¹ Es darf darauf hingewiesen werden, dass 2004/2005 ein Forschungsbericht vorliegen wird, der sich diesen und anderen Fragestellungen im Rahmen des bereits erwähnten Forschungsprojekts widmen wird.

¹² Adibekov, G. M./Šachnazarova, E. K./Širinja, K. K.: Organizacionnaja struktura 1919–1943 [Die organisatorische Struktur der Komintern], Moskau 1997, S. 10–12.

¹³ Vatlin, Alexander: Die Komintern 1919–1929. Historische Studien, Mainz 1993, S. 24.

tung. Moskaus Augen waren dabei vor allem auf Deutschland gerichtet.¹⁴ Eine zentrale Rolle spielte dabei Jakob Reich, der unter dem Pseudonym »Thomas« agierte. Reich verfügte zunächst ein Budget von einer Million Rubel¹⁵ und baute mit diesen Mitteln in Berlin das Westeuropäische Sekretariat (WES) der Komintern auf. Dessen erste Aufgabe es war, mit Hilfe zweier kleiner Pressedienste, der *Rätekorrespondenz* und die *Russische Korrespondenz*, die »Revolutionierung« Deutschlands voranzutreiben.¹⁶

Ungeachtet der Gelder aus Sowjetrußland waren die Arbeitsbedingungen der WES-Mitarbeiter anfangs schlecht.¹⁷ Das Team, das neben Abraham Guralskij, Aleksandr Abramovič und Mieczysław Bronski bald auch Paul Levi oder August Thalheimer umfasste, verfügte nicht einmal über eine Telefonverbindung mit Moskau.¹⁸ Der Kontakt mit der Komintern-Zentrale wurde allein durch Kuriere gehalten. Gerade diese erschienen jedoch wenig vertrauenswürdig. »Was sich da für Gemüse Kurier nennt, ist gar nicht mehr schön«, beschwerte sich das WES. Die Boten, erklärte man dem EKKI am 20. Mai 1920, gingen leichtfertig mit den Adressen um, kämen mit der Erwartung, unentwegt betreut, gepflegt und möglichst wohlbehalten in den Zug gesetzt zu werden. Berlin forderte nachdrücklich, »nicht jeden Idioten hierher zu schicken«.¹⁹

Die Fehler, die bei der konspirativen Arbeit auftraten, beschäftigten Moskau aber schließlich weniger als grundsätzliche Probleme hinsichtlich der Arbeitsweise der Auslandsbüros in Berlin und Amsterdam. Nicht nur für den EKKI-Leiter Grigorij Zinov'ev, sondern auch für Lenin war die Unabhängigkeit der westlichen Büros bald inakzeptabel.²⁰ Man vermisste die erwartete Linientreue. Im April 1920 löste das EKKI das Amsterdamer Büro auf.²¹ Berlin, selbst nicht frei vom Verdacht des »Abwechslertums«, erhielt die Weisung, Funktionen der Holländer zu übernehmen.²² Wenige Monate später aber beschloss Moskau eine Reorganisation der Auslandsarbeit. Die Büros sollten liquidiert werden. Nichtsdestoweniger

¹⁴ Lazitch, Branko/Drachkovitch, Milorad: Lenin and the Comintern, Stanford 1972, Bd. 1, S. 1166.

¹⁵ Vatlin: Die Komintern (Anm. 13), S. 23 f.

¹⁶ Höhne, Heinz: Kennwort: Direktor. Die Geschichte der Roten Kapelle, Frankfurt a. M. 1972, S. 35.

¹⁷ Ders.: Der Krieg im Dunkeln. Die Geschichte der deutsch-russischen Spionage, München 1985, S. 255.

¹⁸ Lazitch/Drachkovitch: Lenin and the Comintern (Anm. 14), S. 168; Höhne: Kennwort (Anm. 16), S. 35.

¹⁹ Rossijskij Gosudarstvennyj Archiv Social'no-Političeskij Istorii/Russisches Staatsarchiv für sozial-politische Geschichte (in Folgenden RGASPI), f. 99, op. 1, d. 5, Bl. 38.

²⁰ Wehner, Markus/Vatlin, Alexander: »Genosse Thomas« und die Geheimtätigkeit der Komintern in Deutschland 1919–1925, in: IWK – Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 29 (1993), H. 1, S. 1–19, hier S. 7.

²¹ Adibekov/Šachnazarova/Širinja: Organizacionnaja struktura (Anm. 12), S. 12.

²² RGASPI, f. 499, op. 1, d. 5, Bl. 126.

wollte Zinov'ev auch weiterhin die Stützpunkte im Ausland halten. Vertrauen gewonnen aber nur noch einzelne EKKI-Vertreter.²³ »Genosse Thomas« fungierte als alleiniger Leiter des Berliner KI-Büros. Letzteres aber wurde trotz der »Auflösung« des WES auch in den folgenden Jahren als WES bezeichnet.²⁴ Es übte seine Aufgabe als Ost-West-Verbindungsapparat aus und avancierte neben Moskau zur größten »Informations- und Kommandozentrale geheimer Komintern-Arbeit«.²⁵ Aufgrund der gewaltigen finanziellen Transaktionen nahm Jakob Reich dabei weiterhin eine Schlüsselposition ein. Durch seine Hände flossen hohe Geldbeträge, die den europäischen kommunistischen Parteien zukamen.²⁶

Den deutschen Behörden entging die Entwicklung keineswegs. Der Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung hegte keinen Zweifel, »daß als Hauptarbeitszentrum der bolschewistischen Agitation Berlin anzusehen« sei.²⁷ Doch die Strategien Moskaus in Hinblick auf die Revolutionierung Deutschlands gingen nicht auf. Nach dem Scheitern des deutschen Roten Oktober 1923 war die KPD vom November 1923 bis zum April 1924 verboten.²⁸

Der Umsturzversuch vom Herbst 1923 stellte auch eine Belastungsprobe für die offiziellen Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR dar. Wenige Monate später förderte eine Hausdurchsuchung bei der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin weitere Hinweise auf die von Moskau gesteuerte Propagandaaarbeit zutage. Zwar gelang es dem sowjetischen Gesandten Nikolaj Krestinskij die Wogen zu glätten. Den deutschen Polizeibehörden wurde das Eindringen in die Handelsvertretung als die Verletzung der »Exterritorialität« angelastet. Sie mussten die Ermittlungen abbrechen. Dies empfand die Polizei als schwere Schlappe, zumal die politische »Wühlarbeit« der Moskauer Missionen als »öffentliches Geheimnis« betrachtet wurde, so der österreichische Gesandte in Berlin.²⁹ Die »Untergrundarbeit« deutscher Kommunisten ebenso wie zahlreicher »Emissäre« der Komintern gestaltete sich zunehmend schwieriger. Kompromittierend für den Kreml wirkte unter anderem die Verhaftung von Aleksandr Skoblevskij, den die

²³ Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (im Folgenden: SAPMO-BA), RY 1, I 2/3, 207, Bl. 52–54; Wehner/Vatlin: »Genosse Thomas« (Anm. 20), S. 7.

²⁴ Wehner/Vatlin: »Genosse Thomas« (Anm. 20), S. 7.

²⁵ Höhne: Kennwort (Anm. 16), S. 35; siehe auch Vatlin: Die Komintern (Anm. 13), S. 24.

²⁶ Vatlin: Die Komintern (Anm. 13), S. 24

²⁷ ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Gesandtschaft Berlin, Zl. 1055 vom 13. April 1923; vgl. ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Gesandtschaft Berlin, Zl. 858 vom 24. April 1923.

²⁸ Weber, Hermann: Zu den Beziehungen zwischen der KPD und der Kommunistischen Internationale, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 16 (1968), H. 2, S. 177–208, hier S. 182; Braunthal, Julius: Geschichte der Internationale, Berlin/Bonn/Bad Godesberg 1963, Bd. 2, S. 303 f.

²⁹ ÖSTA/AdR, BmfA/NPA, Gesandtschaft Berlin, Zl. 13.229 vom 23. Mai 1924; vgl. ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Generalkonsulat Köln, Zl. 12 vom 27. Mai 1924.

Dritte Internationale zur Vorbereitung der Oktobererhebung 1923 nach Deutschland entsendet hatte.³⁰ Angesichts der Lage in Berlin schien es ratsam, die Kominternleute aus der Schusslinie zu nehmen. Polizeiaktionen und Parteiverbote machten die Suche nach »Ersatzquartieren« notwendig. »Es ist anzunehmen«, berichtete das Konsulat des Wiener Außenministeriums in Köln am 27. Mai 1924, »daß sich in nächster Zeit vielfach bolschewikische Sendlinge den reichsdeutschen Gerichten durch Flucht nach Österreich entziehen« und dafür »echte oder gefälschte reichsdeutsche Pässe« verwenden werden.³¹

Im Auge behielten die Behörden dabei nicht zuletzt kommunistische Spitzenfunktionäre. Schließlich währte die Immunität von Reichstagsabgeordneten in der Weimarer Republik nur bis zum Ende der Sitzungsperiode des Parlaments. Wegen drohender Strafverfolgung hatte sich deshalb eine Reihe von KPD-Abgeordneten nach Österreich abgesetzt.³² Hier sollen sie dann auch laut kommunistischer Mitstreiter zur Jahreswende 1924/25 eine Tagung abgehalten haben.³³ Aus den Korrespondenzen der KPD geht des weiteren hervor, dass sich bereits Monate zuvor der Zentralversand des führenden KI-Organs, der *Internationalen Presse-Korrespondenz*, auch *Inprekorr* genannt, im 9. Wiener Gemeindebezirk, und zwar in der Berggasse 31, befand.³⁴ Von dort erbaten sich die Genossen des Politbüros der KPD alle Nummern der *Inprekorr* seit dem Oktober 1923. Infolge der Illegalität, hieß es in dem Schreiben weiter, seien sie nicht mehr gesammelt worden.³⁵

Obwohl die Spekulationen der Presse, die aus Wien ein zweites Moskau machten, überzogen waren, gab es innerhalb der Dritten Internationale tatsächlich Stimmen, der Donaumetropole in Zukunft stärkere Beachtung zu schenken.³⁶ Schon in den vorangegangenen Jahren war die geostrategische Bedeutung Wiens für Moskau von Interesse gewesen. Während 1919 in München und Budapest Räterepubliken ausgerufen worden waren, wartete die KP-Gefolgschaft mit Ungeduld auf die Revolution im kleinen Deutschösterreich.³⁷ Stattdessen endete nach 133 Tagen die Herrschaft von Béla Kun. Sein Sturz ebenso wie die Dominanz der nationalstaatli-

³⁰ Braunthal: Geschichte der Internationale (Anm. 28), Bd. 2, S. 301.

³¹ ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Generalkonsulat Köln, Zl. 12 vom 27. Mai 1924.

³² Keller, Fritz: KPÖ und nationale Frage, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 1977, H. 6, S. 183–191, hier S. 183; ÖSTA/AdR, Inneres/Justiz, Polizeidirektion Wien, Bericht vom 6. Januar 1925.

³³ Buber-Neumann, Margarethe: Kriegsschauplätze der Weltrevolution. Ein Bericht aus der Praxis der Komintern 1919–1943. Stuttgart 1967, S. 126.

³⁴ SAPMO-BA, RY 1, I 2/3, 216, Bl. 53.

³⁵ Ebenda.

³⁶ RGASPI, f. 498, op. 1, d. 2, Bl. 22 und 24a.

³⁷ Botz, Gerhard: Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918–1938, München 1983, S. 42.

chen Ordnung in Mitteleuropa machte Wien erst recht zum herausragenden Stützpunkt der Dritten Internationalen.³⁸

Bereits unmittelbar nach der Gründung der Komintern im März 1919 war der Aufbau einer österreichischen KI-Filiale ins Auge gefasst worden. Sie sollte vor allem als Verbindungsorgan zwischen der russischen Zentrale und den befreundeten Kräften auf dem Balkan dienen.³⁹ Den Auftrag zur Errichtung einer derartigen Stelle erhielt Karl Steinhardt, ein KPDO-Funktionär, der am Gründungskongress der Komintern in Moskau teilgenommen hatte.⁴⁰ Die erforderlichen Finanzmittel für den Beginn des Unternehmens blieben allerdings aus. Steinhardt geriet in rumänische Gefangenschaft.⁴¹ Er kam erst im Januar 1920 ohne die dringend benötigten Gelder am Bestimmungsort an.⁴²

Deshalb wurde das Westeuropäische Sekretariat in Berlin initiativ. Eine von ihr organisierte internationale Konferenz traf die entsprechenden Beschlüsse. WES-Mitarbeiter Mieczysław Bronski kam in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle zu.⁴³ Bald existierte in Wien ein Team, das erste Vorarbeiten leistete. Wichtig war vor allem der Radek-Vertraute Józef Rotstadt (nach anderen Angaben Rotstein⁴⁴), der unter dem Namen »Krasny« Bekanntheit erlangte.⁴⁵ Neben Österreich zählten Ungarn, Polen, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, die ČSR, aber auch Italien und die Schweiz zum Wiener Aktionsradius.⁴⁶ Die dortigen »linksstehenden« Gruppierungen sollten durch das neue Wiener Südostbüro (SOB), »ihre Taktik zwecks Konsolidierung der revolutionären Aktionen vereinheitlichen«.⁴⁷ Grundlagen hierfür wollte man durch eine regelmäßige Berichterstattung zwischen den einzelnen Parteien und einem »selbständigen« SOB schaffen, das sich unmittelbar der Dritten Internationale unterstellte, Entscheidungen aus Deutschland nicht erst abwartete und obendrein Subventionen forderte.⁴⁸

³⁸ RGASPI, f. 498, op. 1, d. 2, Bl. 22 bis 24a.

³⁹ Hájek, Miloš/Mejdrová, Hana: Die Entstehung der III. Internationale, Bremen 1997, S. 160; Adibekov/Šachnazarova/Širinja: Organizacionnaja struktura (Anm. 12), S. 12.

⁴⁰ Hautmann, Hans: Die Anfänge der linksradikalen Bewegung und der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs 1916–1919 (Diss.), Wien 1968, S. 77.

⁴¹ RGASPI, f. 498, op. 1, d. 2, Bl. 22.

⁴² Hautmann: Die Anfänge (Anm. 40), S. 77.

⁴³ Adibekov/Šachnazarova/Širinja: Organizacionnaja struktura (Anm. 12), S. 12; Lazitch, Branko/Drachkovitch, Milorad M.: Biographical Dictionary of the Comintern, Stanford 1973, S. 40; RGASPI, f. 498, op. 1, d. 2, Bl. 22.

⁴⁴ Porecki, Elizabet: Tainyj agent Dzeržinskogo [Dzeržinskij's Geheimagent]. Moskau 1996, S. 61.

⁴⁵ RGASPI, f. 498, op. 1, d. 3, Bl. 1; Lazitch/Drachkovitch: Biographical Dictionary (Anm. 43), S. 201.

⁴⁶ RGASPI, f. 498, f. 1, op. 2, l 22.

⁴⁷ RGASPI, f. 498, f. 1, op. 2, l 24.

⁴⁸ RGASPI, f. 498, f. 1, op. 2, Bl. 22–24.

Der Konflikt mit den WES-Leuten in Berlin war vorgezeichnet. Nach deren Auffassung hatte sich die Wiener Kominternstelle unterzuordnen.⁴⁹ Krasny hielt es hingegen für verfehlt, eine Zentrale für ganz Europa zu errichten. Gewiss, so Krasny am 24. Februar 1920, habe Berlin »theoretisch« eine Vorrangstellung inne. Praktisch aber könnte sich ein »Fiasko« in der deutschen Hauptstadt verheerend auf Russland auswirken. Moskau wäre wieder völlig isoliert. Seiner Meinung nach sollten deshalb mehrere »technische Büros« nebeneinander existieren.⁵⁰ Außerdem, meinte der SOB-Mitbegründer, müsse man es den einzelnen KP-Organisationen selbst überlassen, zu welcher KI-Zweigstelle sie gehören wollten. Krasny brachte Beispiele: Berlin fordert die »Unterstellung der Italiener«, obwohl wir ständig mit ihnen zu tun haben. »Ebenso kindisch« hat man sich bei den Polen verhalten. Dabei »sind die Angelegenheiten doch elastischer! Hier helfen keine fertigen Schemata.«⁵¹

Die KI-Auslandsstellen ganz aufzugeben, war mittlerweile aber nicht mehr völlig undenkbar, da der Belagerungsring um die RSFSR durchlässig wurde.⁵² Bilaterale Abkommen kamen zustande. Vertragsgegenstand war anfangs zumeist der endgültige Kriegsgefangenen austausch. Moskau schickte in dieser Angelegenheit, ähnlich wie im Jahr 1918, »Gefangenenmissionen« nach Deutschland und bald auch nach Österreich. Sowjetrusslands verfügte damit über neue Instrumente der Außenpolitik.

Einfluss auf die Veränderungen hatten zudem die Entwicklungen innerhalb der Komintern. Deren Zweiter Weltkongress vom 23. Juli bis zum 7. August 1920 hatte die kommunistische Bewegung durch die 21 Bedingungen inhaltlich, politisch und organisatorisch zentralisiert.⁵³ Mehr noch als früher störten nun autonome Regionalbüros mit einer deutlichen Neigung zur Nonkonformität. Nicht nur Amsterdam und Berlin, auch Wien und die hier herausgegebene SOB-Zeitschrift *Kommunismus* kamen wegen linksradikaler Tendenzen unter Beschuss.⁵⁴ Das »Ende« des Südostbüros vollzog sich dann freilich ähnlich wie beim WES. Im EKKI wollte man auf seine Auslandsrepräsentanten nicht verzichten. Was in Deutschland daraufhin »Thomas« übernahm, oblag in Österreich dem Genossen »Dietrich«, der sich bisweilen auch »Philipp« nannte.⁵⁵ Hinter diesem Decknamen verbarg sich der ehemalige Kriegskommissar Räteungarns, Béla

⁴⁹ Hájek/Mejdrová: Die Entstehung (Anm. 39), S. 160.

⁵⁰ ÖSTA/AdR, Inneres/Justiz, Polizeidirektion Wien, Berichte Februar 1920.

⁵¹ Ebenda.

⁵² Scharinger, Manfred: Balkanföderation und Arbeiterbewegung. Teil 2: Diskussionen in der Kommunistischen Internationale, in: *Marxismus* 2002, S. 11–356, hier S. 133.

⁵³ Ebenda.

⁵⁴ Ebenda.

⁵⁵ RGASPI, f. 495, op. 80, d. 38, Bl. 2; RGASPI, f. 495, op. 80, d. 52, Bl. 18; RGASPI, f. 498, op. 1, d. 2, Bl. 77 f. Siehe zudem Adibekov/Šachnazarova/Širinja: *Organizacionnaja struktura* (Anm. 12), S. 12.

Szántó.⁵⁶ Er war 1921 mit Ausnahme Italiens und der Schweiz immer noch für die gleichen Gebiete zuständig wie Krasny 1920.⁵⁷ Berliner Anordnungen lösten aber im Gegensatz zu früher keinen Prinzipienstreit mehr aus.⁵⁸ Wien blieb nach der Auffassung »weißer« Emigranten der »Durchgangspunkt und das Operationszentrum der Bolschewiken für die Teilstaaten der gewesenen Donaumonarchie«.⁵⁹ Das SOB hätte dem kaum widersprochen, zumal auch die Kommunistische Jugendinternationale (KIM) auf österreichischem Boden ein Untersekretariat für Südosteuropa unterhielt.⁶⁰ Neben Berlin, Moskau, Stockholm und Basel war Wien deren wichtigster Stützpunkt. Wiens Zuständigkeitsbereich, der Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Griechenland und die europäische Türkei einerseits, Österreich, Ungarn, die Tschechoslowakei, Polen und Ostgalizien andererseits umfasste,⁶¹ brachte allerdings einige administrative Probleme mit sich. Da Anfang 1920 in Sofia die Kommunistische Balkan-Föderation (KBF) sowie ein eigenes »Balkanbüro« entstanden waren,⁶² gestalteten sich die Beziehungen zwischen den einzelnen Gremien einigermaßen kompliziert. In einem Brief aus Bulgarien hieß es dazu am 23. Juni 1922: Die Balkanföderation der Kommunistischen Jugend (BFKJ) »ist ein Organ der KIM« und »zugleich eine Sektion« der KBF. Letzterer ist sie »politisch untergeordnet«. Das »Wiener Sekretariat« (WS) sollte demgegenüber »parallel mit dem Balkanbüro« die Kontakte zur Zentrale aufrechterhalten. Diese Frage konnte nicht anders gelöst werden, weil einerseits die KBF keinen technischen Apparat in Wien hatte, sondern nur einen Vertrauensmann und »andererseits das Balkanbüro kein Budget und keine Kräfte hat, um sofort das W. S. in der Berichterstattungsarbeit zu ersetzen.«⁶³

Ein halbes Jahr danach hatte sich die Situation geändert. Jugendfunktionär »Mirowitsch« berichtete der KIM-Zentrale in Moskau im Dezember 1922, »dass die Budgetfrage des Balkanbüros greifbar gelöst« sei und »das W. S. spätestens bis Ende Februar vollkommen abgebaut werden« könne.⁶⁴ Vom Schreibtisch weg vermochte man die Liquidierung der Wiener Zwischenstelle allerdings nicht dekretieren. Zudem informierte das BFKJ in Sofia am 5. August 1923 die Vorgesetzten in Berlin und Moskau: »Die Balkanverbände sind seit jeher daran gewöhnt, es mit dem W. S. zu tun zu haben« und alles durch seine Hände gehen zu lassen. Sie »können sich noch immer nicht mit der Idee einer Balkanföderation anfreunden,

⁵⁶ Lazitch/Drachkovitch: Biographical Dictionary (Anm. 43), S. 393 f.

⁵⁷ RGASPI, f. 498, op. 1, d. 2, Bl. 59.

⁵⁸ RGASPI, f. 498, op. 1, d. 27, Bl. 52.

⁵⁹ RGASPI, f. 498, op. 1, d. 27, Bl. 50.

⁶⁰ Göhring, Walter: Der illegale Kommunistische Jugendverband Österreichs (Diss.). Wien 1971, S. 122–124; Scharinger: Balkanföderation und Arbeiterbewegung (Anm. 52), S. 131.

⁶¹ Scharinger: Balkanföderation und Arbeiterbewegung (Anm. 52), S. 132.

⁶² Adibekov/Šachnazarova/Širinja: Organizacionnaja struktura (Anm. 12), S. 13 f.

⁶³ RGASPI, f. 509, op. 2, d. 2, Bl. 3 f.

⁶⁴ RGASPI, f. 509, op. 5, d. 76, Bl. 89.

besonders, da ihre Verbindungen mit dem WS [...] infolge der politischen und geographischen Lage Wiens besser [...] sind als mit Sofia.« Manche Verbände, wie der jugoslawische, ignorierten daher einfach die Existenz der KBFJ.⁶⁵

Ganz anders sahen das die KBF-Vertreter, die sich vom 24. bis 28. Februar 1921 in Wien getroffen hatten, um Grundsatzfragen zu behandeln.⁶⁶ Der Bulgare Vasil Kolarov, bald Mitglied der KI-Führungsgremien und nach 1945 kurzzeitig bulgarischer Premierminister,⁶⁷ begründete bei dieser Gelegenheit die Existenzberechtigung der KBF. Die Balkanländer, erklärte Kolarov, hingen »ethnografisch eng zusammen«, stünden »fast alle auf derselben Kulturstufe« und seien »ökonomisch ein Ganzes«.⁶⁸ Deshalb müsse man einer Balkanföderation auch den Vorzug gegenüber einer bloßen Koordinierungs- und Informationsplattform geben, die obendrein auch noch Österreich, Ungarn und die Tschechoslowakei zu betreuen habe.⁶⁹ Solche Bemerkungen richteten sich unmissverständlich auch gegen das Wiener Büro.⁷⁰ Konsequenz der Februarberatungen des KBF war das Ende der Zeitschrift *Kommunismus*, die sich dem Balkan- und dem Donauraum gewidmet hatte. Nach nur zwei Jahren stellte sie ihr Erscheinen ein.⁷¹

Auch um das SOB selbst war es schlecht bestellt.⁷² Der Etat »ist auf ein Minimum reduziert«, meldete es Anfang 1921 den übergeordneten Instanzen. »Eine weitere Reduktion – sowohl was den Umfang des Apparats, wie die einzelnen Geldbeträge angeht – würde die Arbeitsfähigkeit lähmen.«⁷³ Wie immer die administrativen und finanziellen Entscheidungen in Zukunft aussehen mochten, eines stand auch für das EKKI selbst von vornherein fest: Die geopolitisch wichtige Drehscheibe Wien sollte auch weiterhin genutzt werden.

Aus Moskau reiste Osip Pjatnickij an, um sich vor Ort ein Bild von den Arbeitsmöglichkeiten zu machen.⁷⁴ In seiner Funktion als Chef der Abteilung für internationale Beziehungen (OMS)⁷⁵ des EKKI befasste er sich mit Subventionsfragen. Ihm unterstanden zudem die Komintern-Instrukteure, die den Untergrundapparat in den verschiedenen Ländern lenkten. Österreich stand ganz oben auf seiner Liste. Pjatnickij tat sich in dieser Angelegenheit mit dem EKKI-

⁶⁵ RGASPI, f. 509, op. 2, d. 6, Bl. 71.

⁶⁶ Scharinger: Balkanföderation und Arbeiterbewegung (Anm. 52), S. 141.

⁶⁷ Lazitch/Drachkovitch: Biographical Dictionary (Anm. 43), S. 192 f.

⁶⁸ Scharinger: Balkanföderation und Arbeiterbewegung (Anm. 52), S. 144,

⁶⁹ Ebenda.

⁷⁰ Ebenda, S. 133.

⁷¹ Ebenda, S. 133 f.

⁷² RGASPI, f. 495, op. 80, d. 52, Bl. 18.

⁷³ RGASPI, f. 498, op. 1, d. 2, Bl. 59; RGASPI, f. 498, op. 1, d. 2, Bl. 77.

⁷⁴ RGASPI, f. 498, op. 1, d. 2, Bl. 57.

⁷⁵ Russische Abkürzung für Otdel Meždunarodnych Svjazej

Sekretär Mátyás Rákosi zusammen.⁷⁶ Gemeinsam entwickelten die beiden Spitzenfunktionäre im Juni 1921 einen Arbeitsplan für den »OMS-Punkt in Wien«. Von hier aus, hieß es in dem Papier, »sind Österreich, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Griechenland und die Türkei zu betreuen«, wobei sowohl mit den betreffenden kommunistischen Parteien als auch mit der Moskauer Zentrale »auf das Engste kooperiert werden muss«.⁷⁷

Rákosi und Pjatnickij vergaßen aber auch nicht den Standort Berlin, wo inzwischen die Altbolschewikin Elena Stasova unter dem Decknamen »Hertha« die konspirative Tätigkeit aufgenommen hatte.⁷⁸ Stasova und ihre Vertrauensleute wurden angewiesen, die Genossen im Donauraum nach Kräften zu unterstützen.⁷⁹ Die Umstrukturierung rief dann auch Grigorij Zinov'ev auf den Plan. Am 14. September 1921 teilte das KI-Oberhaupt Béla Szántó mit, »daß die Exekutive der Kommunistischen Internationale ihre Abteilung in Wien organisiert« habe.⁸⁰ Hinsichtlich der publizistischen Tätigkeit, so Zinov'ev weiter, wende man sich am besten an den Wiener EKKI-Vertreter Aleksandr Abramovič, der sich den Decknamen »Albrecht« zugelegt hatte.⁸¹ Unter Mithilfe hoher und höchster Kader konnte die Vorbereitungsphase abgeschlossen werden. »OMS-Wien« war funktionstüchtig, als das EKKI-Präsidium am 8. März 1922 das SOB auch formell auflöste.⁸²

Ähnlich wie in Deutschland stützte sich die OMS auch bei ihrer Tätigkeit in Österreich auf die diplomatischen Vertreter. Die Bediensteten jener sowjetischen Kriegsgefangenenmission, die vom Juli 1920 bis März 1922 Mieczysław Bronski unterstand und seit dem Dezember 1921 über konsularische Befugnisse verfügte,⁸³ gehörten zu den wichtigsten Partnern. Auch die Auslandsabteilung der ČK, die von Feliks Dzeržinskij im Dezember 1920 ins Leben gerufen worden war, ging eine enge Bindung mit der diplomatischen Vertretung ein. In Wien konzentrierte sich die INO⁸⁴ auf die »weiße« Emigration.⁸⁵ INO-Mitarbeiter in Wien waren anfangs vor

⁷⁶ RGASPI, f. 495, op. 80, d. 38, Bl. 5; Lazitch/Drachkovitch: Biographical Dictionary (Anm. 43), S. 328 f.

⁷⁷ Adibekov/Šachnazarova/Širinja: Organizacionnaja struktura (Anm. 12), S. 59.

⁷⁸ Höhne: Der Krieg im Dunkeln (Anm. 17), S. 257.

⁷⁹ Adibekov/Šachnazarova/Širinja: Organizacionnaja struktura (Anm. 12), S. 59.

⁸⁰ RGASPI, f. 498, op. 1, d. 2, Bl. 64.

⁸¹ Lazitch/Drachkovitch: Biographical Dictionary (Anm. 43), S. 1 f.; RGASPI, f. 498, op. 1, d. 2, Bl. 64.

⁸² Adibekov/Šachnazarova/Širinja: Organizacionnaja struktura (Anm. 12), S. 55.

⁸³ Haider, Edgard: Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen 1918–1938 (Diss.). Wien 1975, S. 53; RGASPI, f. 498, op. 1, d. 2, Bl. 64.

⁸⁴ Russische Abkürzung für Inostrannyj otdel (Auslandsabteilung).

⁸⁵ Andrew, Christopher/Mitrochin, Wassili: Das Schwarzbuch des KGB. Moskaus Kampf gegen den Westen. München 2001, S. 45; Leggett, George: The Cheka. Lenin's Political Police. The Allrussian Extraordinary Commission for Combatting Counter-Revolution and Sabotage (December 1917 to February 1922). Oxford 1981, S. 298 f.

allem Čekisten aus der Ukraine. Von dort waren verschiedenste antibolschewistische Komitees nach Wien gekommen. Nicht ohne Erfolg begannen die sowjetischen Stellen die gegnerischen Exilkomitees zu infiltrieren.⁸⁶ Die Zusammenarbeit zwischen Diplomaten, INO- und OMS-Agenten sowie der Militärspionage verlief jedoch selten friktionsfrei. Nicht nur zu Józef Krasny, sondern auch zu Felix Wolff, der unter dem Pseudonym »Inkoff« für die Militärspionage nach Wien gekommen war, hatte Mieczysław Bronski ein äußerst gespanntes Verhältnis. Die beiden untergruben seine Autorität und trugen wesentlich dazu bei, dass der Sowjetdiplomats über seinen Abgang aus Wien nachdachte.⁸⁷

Polizeipräsident Johannes Schober, der zeitweilig von Juni 1921 bis Januar 1922 österreichischer Bundeskanzler war, betrachtete vor allem die wachsende Zahl von Botschaftsmitgliedern als Indiz für die verstärkte Untergrundtätigkeit Moskaus. Es sei auffällig, meldete man dem Bundeskanzleramt am 16. Januar 1925, dass die russische Vertretung in Wien aus 34 Angestellten bestehe.⁸⁸ Noch befremdlicher aber erschien der so genannten »Schober-Polizei« die Handelsmission der UdSSR. Obwohl »selbst nicht exterritorial«, habe sie gleichfalls in der Gesandtschaft mit über dreißig Mitarbeitern Quartier bezogen, »Ziffern«, so der Bericht vom 16. Januar 1925, »wie sie wohl von drei Vertretungen der anderen Grossmächte auch nicht im Entferntesten erreicht werden.«⁸⁹ Am 22. April 1925 hieß es dann: »Hier werden«, auf »eigene Faust« von den »hypertrophisch dotierten« Sowjetvertretungen organisiert, »die Kurierposten nach Rom, Bukarest, Belgrad und Sofia umgepackt und an die Bestimmungsorte weitergeleitet. Wien passieren die Spione und Emissäre, um sich an die ihnen zugewiesenen Operationsstätten zu begeben.«⁹⁰

Trotz aller Bemühungen um präzisere Angaben haftete den Berichten allerdings etwas Vages und Spekulatives an. Nachrichten von einer »Bolschewikenzentrale« in Österreich sollten überdies in Hinblick auf ihre negative Außenwirkung eher abgeschwächt werden. Schober, der es für seine Pflicht hielt, das kleine Land von internationalen Verdächtigungen reinzuwaschen, entwickelte seine eigene Beweisführung: Wo kaum etwas in Erfahrung zu bringen war, spielte sich wahrscheinlich auch wenig ab. Das Dickicht der Moskauer Konspiration vermochten auch einzelne Ermittlungserfolge der Polizei nicht zu durchdringen.

Ein weiteres Beispiel für den Ausbau der kommunistischen Aktivitäten in Wien ist die »Russische Telegrafagentur« (ROSTA). »ROSTA-Wien« wurde zur konspirativen Arbeit eingesetzt. 1923/24 verlangte man von Moritz Menkes, da-

⁸⁶ Leggett: *The Cheka* (Anm. 85), S. 300.

⁸⁷ Dazu Bessedowsky, Grigorij: *Im Dienst der Sowjets. Erinnerungen*, Leipzig/Zürich 1930, S. 68 f.

⁸⁸ ÖSTA/AdR, Inneres/Justiz, Polizeidirektion Wien, Bericht vom 16. Januar 1925.

⁸⁹ Ebenda.

⁹⁰ ÖSTA/AdR, Inneres/Justiz, Polizeidirektion Wien, Bericht vom 22. April 1925.

mals sowjetischer Presseattaché in Wien, genauere Informationen über Rumänien, die »Russenenmigration«, die »Vrangelleute« und das Schicksal der Parteiarbeiter am Balkan.⁹¹ Derlei Aufforderungen wiederholten sich. Ungeduldig wartete man auf Neuigkeiten aus Wien, wo es sich nach der Meinung des Volkskommissariats für Äußere Angelegenheiten besonders gut arbeiten ließ.⁹²

Die Haltung der österreichischen Sozialdemokratie als Faktor für die Herausbildung Wiens als Komintern-Stützpunkt

Sowjetrussische Bevollmächtigte und kommunistische Emissäre kannten die Vorteile der Donaumetropole für ihre Tätigkeit. Vor allem erkannten sie die Möglichkeiten, die ihnen aus der Haltung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs (SDAPÖ) gegenüber Moskau erwachsen, die aus ökonomischen Motiven heraus Interesse an Beziehungen zu Sowjetrußland zeigte.

Der Führer der österreichischen Sozialdemokratie Karl Renner skizzierte im Parlament die Optionen der kleinen Republik. Impulse, äußerte sich Renner, ließen sich lediglich in wirtschaftlichen Belangen setzen.⁹³ Die Beziehungen zu einer diesbezüglich kooperationsbereiten Moskauer Regierung⁹⁴ müssten daher vor allem aus der Sicht von Firmeninteressen betrachtet werden.⁹⁵ Sowjetische Aufträge dürfen in Anbetracht der »ernsten Finanzlage hierzulande« nicht gefährdet werden, erklärte in diesem Sinne auch der sozialdemokratische Nationalratsabgeordneter Otto Bauer, der sonst durchaus nicht immer Renners Meinungen teilte.⁹⁶ Bauer war seit seiner Rückkehr aus russischer Gefangenschaft Führer des linken Flügels der SDAPÖ und überdies so etwas wie ein Cheftheoretiker der Partei. Für kurze Zeit war Bauer nach dem Ende des Habsburger Monarchie Staatssekretär für Äußeres. Bauer ging allerdings außerhalb des Parlaments noch weiter.⁹⁷ Er verteidigte die Bolschewiki insofern, als er in der »weißen Konterrevolution« eine existentielle Bedrohung für die gesamte europäische Arbeiterschaft erblick-

⁹¹ Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federacii (GARF), r-391, op. 1, d. 47, Bl. 49.

⁹² Archiv vnešnej politiki Rossijskoj Federacii/Archif der Außenpolitik der Russischen Föderation (im Folgenden: AVPRF), f. 066, op. 4, p. 101a, d. 1, Bl. 3 und d. 2, Bl. 1–3.

⁹³ Stenographische Protokolle des österreichischen Nationalrates, II. Gesetzgebungsperiode, 102. Sitzung vom 27. Mai 1925, S. 2483.

⁹⁴ AVPRF, f. 066, op. 4, p. 101a, d. 2, Bl. 1.

⁹⁵ Stenographische Protokolle des österreichischen Nationalrates, II. Gesetzgebungsperiode, 102. Sitzung, 27. Mai 1925, S. 2483.

⁹⁶ Ebenda, S. 2491.

⁹⁷ Hautmann, Hans: Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924. Wien/Zürich 1987, S. 187 f.; Weinzierl, Erika/Skalnik, Kurt (Hrsg.): Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik, Graz/Wien/Köln 1983, S. 1067.

te.⁹⁸ Andererseits hoffte er auf eine »Demokratisierung des russischen Volks- und Staatslebens«, wobei er insbesondere die Verfolgung sozialistischer KP-Kritiker auf dem Territorium der RSFSR anprangerte.⁹⁹

In diesem Punkt traf er sich mit dem Sozialisten Friedrich Adler, der während des Ersten Weltkrieges durch sein Attentat auf den k. k. Ministerpräsidenten Karl Graf von Stürgkh zu einem Symbol weit verbreiteter Friedenssehnsüchte wurde. Bis November 1918 im Gefängnis, wurde Adler in Sowjetrußland zum Märtyrer stilisiert.¹⁰⁰ Umso enttäuschter stellte man dort fest, dass sich der vermeintliche »Revolutionsheld« von der jungen KPDÖ fern hielt.¹⁰¹ Erwärmen konnte sich Adler hingegen für die Idee, zwischen der Komintern und einer Reihe von sozialistischen Parteien zu vermitteln, die Anfang Februar 1919 in Bern ihre Bereitschaft bekundeten, die Zweite Internationale zu erneuern.¹⁰² Nicht zuletzt mit Hilfe der österreichischen Sozialdemokraten fanden daraufhin jene zusammen, die weder Moskau noch »Bern« folgen wollten, es aber als ihre Pflicht und Schuldigkeit ansahen, »das ganze Weltproletariat« zu einen.¹⁰³ Man trat deshalb als »Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien« (IASP) und nicht als eigene Internationale auf, obwohl, so Friedrich Adler, »auch wir über eine beträchtliche Gefolgschaft verfügen«.¹⁰⁴ Adler, wie Otto Bauer maßgeblich am Entstehen der in Wien am 22. Februar 1921 gegründeten IASP beteiligt,¹⁰⁵ war durchaus zuzustimmen. Immerhin blickte die SDAPÖ beispielsweise 1919 mit Stolz auf rund 330 000 Parteimitglieder¹⁰⁶ und eine von ihr dominierte Räteorganisation, die als die bestorganisierte außerhalb Russlands galt.¹⁰⁷

⁹⁸ Schöler, Uli: Otto Bauer und Sowjetrußland, Berlin 1987, S. 23.

⁹⁹ Ebenda, S. 23–25.

¹⁰⁰ Siehe dazu Vatlin, Aleksandr Ju.: Vzaimootnošenija trech internacionalov v 1919–1922 gg. Neizvestnye dokumenty [Die wechselseitigen Beziehungen der drei Internationalen 1919–1922], in: Novaja i novejšaja istorija 1993, H. 4, S. 35–56, hier S. 44.

¹⁰¹ Steiner, Herbert: Die Kommunistische Partei, in: Weinzierl, Erika/Skalnik, Kurt (Hrsg.): Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik. Graz/Wien/Köln 1983, Bd. 1, S. 317–329, hier S. 317; Hautmann: Die Anfänge (Anm. 40), S. 43. Die KPDÖ nannte sich ab 1920 Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ).

¹⁰² Reisberg, Arnold: Lenin und die Zimmerwalder Bewegung, Berlin 1966, S. 267.

¹⁰³ Braunthal: Geschichte der Internationale (Anm. 28), Bd. 1, S. 252.

¹⁰⁴ Ebenda.

¹⁰⁵ Angress, Werner T.: Stillborn Revolution. The Communist Bid for Power in Germany, 1921–1923, Princeton 1963, S. 231. Siehe auch Braunthal: Geschichte der Internationale (Anm. 28), Bd. 1, S. 251 f.

¹⁰⁶ Das die SDAPÖ mehr Mitglieder als die russische kommunistische Partei besaß, hob auch die *Arbeiter-Zeitung* am 24. August 1924 hervor.

¹⁰⁷ Hautmann: Geschichte der Rätebewegung (Anm. 97), S. 381; Kriechbaumer, Robert: Die großen Erzählungen der Politik. Politische Kultur und Parteien in Österreich von der Jahrhundertwende bis 1945, Wien/Köln/Weimar 2001, S. 410.

Trotz des von Moskau ausgegebenen Kurswechsels, mit dem die Losung von der »Einheitsfront« ausgegeben wurde, welche die Kooperation mit der Sozialdemokratie und deren Gewerkschaften genehmigte,¹⁰⁸ kam es zu keiner Verständigung. In der Korrespondenz zwischen Wien und Moskau traten die Divergenzen bald hervor.¹⁰⁹ Der Einsatz von Otto Bauer und Friedrich Adler für jene Strömungen des russischen Sozialismus, die von den Bolschewiki unterdrückt wurden, rüttelte an den Grundfesten des autoritären »Oktoberregimes«. Zugleich offenbarte sich der enge Zusammenhang zwischen Sowjetstaat und Komintern.¹¹⁰ Die Wiener »Arbeitsgemeinschaft« scheiterte schließlich sowohl an der intransigenten Haltung der KI-Repräsentanten als auch an der Position der alten Zweiten Internationale, die aus ihrem Widerwillen gegen die Kommunisten keinen Hehl machte.¹¹¹

Nachdem die IASP sich mit den »Bernern« zur »Sozialistischen Arbeiterinternationale« vereinigt hatte,¹¹² blieb von der länderübergreifenden Bedeutung der österreichischen Sozialdemokratie wenig mehr als Otto Bauers »kritische Solidarität« zur Sowjetunion.¹¹³ Ein gewisses Entgegenkommen gegenüber den »kommunistischen Genossen« zeigte daher der linken Flügel der SDAPÖ. Vorwiegend in Asylangelegenheiten kam er damit aber sogar manchem Parteigenossen in die Quere. Zum Beispiel Albert Sever, damaliger Landeshauptmann von Niederösterreich, zu dem damals auch Wien gehörte. Sever erließ im Juni 1919 zwei Verordnungen zur Ausweisung von Kriegsflüchtlingen und Emigranten aus Ungarn.¹¹⁴ Gewiss hatte die katastrophale Versorgungslage ihren Anteil an dem radikalen Schritt. Die Rechtfertigung dieser Maßnahme ging allerdings mit einer Pressekampagne einher, in der nicht nur christlichsoziale und deutschnationale Blätter, sondern auch die sozialdemokratische *Arbeiter-Zeitung* mit Feindbildern operierte.¹¹⁵ Ungeachtet zahlreicher Artikel, in denen die Fremden als »Parasiten«, »Schädlinge« und »Prasser« verunglimpft wurden, hielt Otto Bauer am Bekenntnis zum politischen Asyl fest. Bauer verteidigte damit Ende 1919 Rechtsgepflogenen-

¹⁰⁸ Braunthal: Geschichte der Internationale (Anm. 28), Bd. 1, S. 257 f.

¹⁰⁹ Vatlin: Die Komintern (Anm. 13), S. 61 f.

¹¹⁰ Ebenda, S. 68.

¹¹¹ Braunthal: Geschichte der Internationale (Anm. 28), Bd. 1, S. 258 f.; Angress: Stillborn Revolution (Anm. 105), S. 232 f.

¹¹² Vatlin: Vzaimootnošenija (Anm. 100), S. 35; Neck, Rudolf: Sozialdemokratie, in: Weinzierl, Erika/Skalknik, Kurt (Hrsg.): Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik, Graz/Wien/Köln 1983, Bd. 1, S. 225–248, hier S. 237.

¹¹³ Schöler: Otto Bauer (Anm. 98), S. 22–24.

¹¹⁴ Heiss, Gernot: Ausländer, Flüchtlinge, Bolschewiken: Aufenthalt und Asyl 1918–1933, in: Ders./Rathkolb, Oliver (Hrsg.): Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914, Wien 1995, S. 86–108, hier S. 88 u. 103.

¹¹⁵ Ebenda, S. 88.

heiten, welche er durch lärmende Kampagnen gegen die aus Bayern und Ungarn geflohenen Rätefunktionäre gefährdet sah.¹¹⁶

Die Abschiebung so genannter »lästiger Ausländer« vollzog die österreichische Exekutive freilich möglichst unauffällig. Um vor allem die Aus- und Durchreise von Béla Kun ohne Aufsehen zu bewerkstelligen, verhandelte man mit Vertretern der Entente. Druck dürfte überdies der sowjetische Volkskommissar des Äußeren Georgij Čičerin ausgeübt haben, der damit drohte, Österreicher in Russland als Geiseln zu nehmen, sollten die magyrischen Volkskommissäre an das »weiße« Regime von Nikolaus Horthy ausgeliefert werden. Tatsächlich unternahm die österreichische Regierung alles, um die vielfach angefeindeten »Gäste« möglichst schnell loszuwerden.¹¹⁷ Im österreichisch-sowjetrussischen Vertrag von Kopenhagen vereinbarte man im Juli 1920 nicht nur den Austausch von Kriegsgefangenen, sondern auch die freie Abreise Kuns.¹¹⁸

Weniger prominente Kommunisten mussten demgegenüber mit einer härteren Gangart rechnen. Sie wurden bereits bei kleinen Delikten ausgewiesen (»abgeschafft«), am Grenzübertritt gehindert oder sogar ausgeliefert. Im Dezember 1925 wurde außerdem vor dem Hintergrund der schlechten Wirtschaftslage und der hohen Arbeitslosigkeit gesetzlich festgelegt, dass zum Schutz der Einheimischen Ausländern nur mehr unter sehr eingeschränkten Bedingungen Arbeitsbewilligungen erteilt werden sollten. Gewerkschaften und Sozialdemokraten stimmten zu. Die Situation im Inland und die Abschließung anderer nationaler Märkte erleichterten den bundesweiten Konsens.¹¹⁹

Scharf ging die SDAPÖ jedoch mit den rigiden Polizeimaßnahmen gegen Kommunisten ins Gericht. Ihren von prinzipiellen und taktischen Überlegungen geprägten Standpunkt formulierte die *Arbeiter-Zeitung* am 24. Dezember 1921. Kominternleute, stellte die *Arbeiter-Zeitung* fest, hätten zwar als »Anhänger des Tschekaterrors« wenig Recht, sich über die Verletzung demokratischer Rechte zu beschweren. Sozialdemokraten könnten es jedoch nicht zulassen, »daß die Grundsätze der Redefreiheit, der Preßfreiheit und des Asylrechtes verletzt werden«. Vollends unerwünscht sei es deshalb, durch »Schikanen« der Sicherheitskräfte aus Kommunisten »Märtyrer oder gar gefährliche Revolutionäre« zu machen.¹²⁰ Dementsprechend verhielt sich die SDAPÖ. Immer wieder mahnte sie

¹¹⁶ Ebenda, S. 94 f.

¹¹⁷ Über die innenpolitischen Debatten anlässlich der Internierung ehemaliger ungarischer Volkskommissäre in Österreich siehe: Stenographische Protokolle der Konstituierenden Nationalversammlung, 29. Sitzung vom 6. September 1919, S. 262 f.; 41. Sitzung, 26. November 1919, S. 345 f.; 42. Sitzung vom 28. November 1919, S. 361 f.; 56. Sitzung vom 23. Januar 1920, S. 479 u. 481 f.; 52. Sitzung vom 14. Januar 1920, S. 444 f.

¹¹⁸ Haider: Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen (Anm. 83), S. 38–44.

¹¹⁹ Heiss: Ausländer, Flüchtlinge, Bolschewiken (Anm. 114), S. 91 f.

¹²⁰ Ebenda.

ein generelles Entgegenkommen in Flüchtlingsangelegenheiten ein, auch und gerade im Fall von ausländischen KP-Vertretern.¹²¹ Nicht zufällig war es Otto Bauer, der sich persönlich um Aufenthalts- und Arbeitsbewilligungen bemühte.¹²² Diesem Sachverhalt trug man in KI-Kreisen Rechnung.¹²³ Speziell József Pogany, vordem Mitglied in der Budapester Räteregierung, an der deutschen »Märzaktion« 1921 beteiligt und wenig später in den USA als John Pepper bekannt,¹²⁴ machte sich über die »Entfaltungsmöglichkeiten« ungarischer Kommunisten in Wien Gedanken. Seiner Meinung nach waren die ungarischen Genossen nicht in der Lage, ihre Arbeit schwerpunktmäßig in ein anderes Land zu verlegen.¹²⁵ In Hinblick auf notwendige Zugeständnisse an die kommunistischen Exilanten aus Ungarn solle man sich hauptsächlich an den linken Sozialdemokraten Bauer halten. Der, behauptete Pogany, sei »leicht zu terrorisieren«.¹²⁶

Wien als Zufluchtsort der Kommunisten der Nachbarländer

Die Zahl ausländischer Kommunisten in Österreich nahm indes weiterhin zu. Im Herbst 1923 tauchte etwa das Mitglied des Zentralkomitees der KPI, Antonio Gramsci, in Wien auf, um von hier aus mit seiner Partei in Verbindung zu bleiben.¹²⁷ Gramsci, der im April 1924 abreiste, um im römischen Parlament die Leitung der KP-Fraktion zu übernehmen, hatte sich als gewissenhafter Komintern-Mann allerdings in der Zwischenzeit auch mit der österreichischen Kommunisten befasst,¹²⁸ während diese umgekehrt für die Ereignisse beim südlichen Nachbarn gesteigertes Interesse zeigten. Im KPÖ-Zentralorgan, der *Roten Fahne*, entrüstete man sich zum Beispiel schon im Januar 1923 über das Verhalten der österreichischen Polizei, die »italienische Proletarier« bei »Arnoldstein an Mussolini« ausgeliefert habe.¹²⁹ Zwei Monate später informierte die kommunistische Presse dann über erste antifaschistische Protestversammlungen in Österreich.¹³⁰

¹²¹ Arbeiter-Zeitung Nr. 307 vom 8. November 1921, S. 3, Nr. 219 vom 10. August 1926, S. 2 u. Nr. 231 vom 22. August 1926, S. 3.

¹²² ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Politische Akten, Liasse Südslawien 2/10, Zl. 4.136 vom 29. August 1921, Fol. 56; ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Politische Akten, Liasse Österreich 2/4, Zl. 211 vom 14. Januar 1922.

¹²³ Bundesarchiv 1507/1084a, Bl. 80 f.

¹²⁴ Lazitch/Drachkovitch: Biographical Dictionary (Anm. 43), S. 315.

¹²⁵ Bundesarchiv 1507/1084a, Bl. 80 f.

¹²⁶ Ebenda.

¹²⁷ Serge, Victor: Beruf: Revolutionär. Erinnerungen 1901 – 1917 – 1941. Frankfurt a. M. 1967, S. 211 f.; Lazitch/Drachkovitch: Biographical Dictionary (Anm. 43), S. 129 f.

¹²⁸ Lazitch/Drachkovitch: Biographical Dictionary (Anm. 43), S. 130.

¹²⁹ Die Rote Fahne Nr. 1 128 vom 26. Januar 1923, S. 2 f.

¹³⁰ Die Rote Fahne Nr. 1 160 vom 4. März 1923, S. 3.

Die Verfolgung der Linken hinderte Moskau allerdings nicht, mit Rom eine Absprache nach der anderen zu treffen.¹³¹ Der Kreml setzte nicht zuletzt in Hinblick auf wirtschaftliche Kontakte auf eine traditionelle Außenpolitik, auch wenn sich die bilateralen Beziehungen nicht zu allen Ländern gleichermaßen zufrieden stellend entwickelten.

In der Tschechoslowakei ließ die »De-jure-Anerkennung« der UdSSR auf sich warten. Zwar hatte man diese nach den Informationen des österreichischen Gesandten in Prag zu Jahresende 1924 ernstlich erwogen, innenpolitische Rücksichtnahmen verhinderten jedoch einen Vertragsabschluß weitere zehn Jahre lang.¹³² Zu keinem geringen Teil waren dafür die in der Regierung vertretenen Nationaldemokraten von Karel Kramář verantwortlich. Sie standen eher auf der Seite einer antisowjetischen Interventionspolitik, die wiederum eng mit dem Auftreten der Tschechoslowakischen Legion an der Wolga und östlich des Urals verknüpft war.¹³³ Einflussreiche Kräfte in der ČSR wendeten sich daher lieber der »weißen« russischen Emigration zu. Aus unterschiedlichen Motiven trieben sie die Einwanderung gezielt voran.¹³⁴ Niemand geringerer als Staatspräsident Thomas G. Masaryk initiierte eine Hilfsaktion, welche vor allem die Intelligencija aus dem früheren Herrschaftsgebiet der Romanov-Dynastie ansprechen sollte und seitens der Prager Ministerien mit hohen Geldbeträgen unterstützt wurde.¹³⁵

Die Komintern musste erkennen, dass sich die ČSR, anders als Österreich, nur bedingt als Operationsbasis eignete.¹³⁶ »Weiße« Exilvereinigungen, sowjetfeindliche Regierungskreise und Aufsehen erregende Prozesse gegen »Moskauer Emisäre«¹³⁷ erschwerten die KI-Arbeit erheblich. Daran änderte selbst die Tatsache nichts, dass sich Tschechen, Slowaken und schließlich auch Deutsche in der ČSR im Laufe des Jahres 1921 zur KPČ zusammenschlossen.¹³⁸ Die Partei, erklärten interne Kritiker, sei ängstlich darauf bedacht, jeden Zusammenstoß mit der Staatsmacht zu vermeiden, die sie ohnehin dauerhaft von der Regierungsverant-

¹³¹ Istorija vnešnej politiki SSSR [Geschichte der Außenpolitik der UdSSR]. Bd. 1: 1917–1945, Moskau 1980, S. 196 f.

¹³² ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Politische Akten, Liasse Rußland 12/II, Zl. 15906 vom 1. Dezember 1924. Siehe auch Hoensch, Jörg K.: Geschichte der Tschechoslowakei. Stuttgart/Berlin/Köln 1992, S. 52; Fischer, Louis: The Soviets in World Affairs. A History of the Relations between the Soviet Union and the Rest of the World 1917–1929, Princeton 1951, Bd. 2, S. 506–508.

¹³³ Hoensch: Geschichte der Tschechoslowakei (Anm. 132), S. 52.

¹³⁴ Sládek, Zdenek: Prag: Das »russische Oxford«, in: Schlögel, Karl (Hrsg.): Der große Exodus. Die russische Emigration und ihre Zentren 1917 bis 1941, München 1994, S. 218–233, hier S. 218.

¹³⁵ Ebenda, S. 218 f. u. 226 f.

¹³⁶ AVPRF, f. 066, op. 8, papka 104, d. 2, Bl. 1; vgl. RGASPI, f. 495, op. 18, d. 342, Bl. 1.

¹³⁷ Arbeiter-Zeitung Nr. 4 vom 5. Januar 1927, S. 3.

¹³⁸ Hoensch: Geschichte der Tschechoslowakei (Anm. 132), S. 47. Über die Zeit davor: ÖSTA/AdR, Inneres Justiz, Polizeidirektion Wien, Bericht vom 29. Februar 1920.

wortung ausschlieÙe.¹³⁹ Die ganze Tätigkeit konzentrierte sich auf schwache Pressekampagnen und ebenso lahme Parlamentsauftritte.¹⁴⁰

Prag bot keine attraktiven Bedingungen für die Arbeit der Komintern. Auch für die Polen nicht, die in Wien mit dem aus Warschau stammenden Mieczysław Bronski einen Sowjetdiplomaten vorfanden, der offenbar auch Interesse für die Entwicklungen in seiner Heimat zeigte. Schobers Polizeibeamte registrierten 1920 immer wieder Treffen zwischen Bronski und Reportern der *Swit*, einer von Józef Krasny herausgegebenen Zeitung.¹⁴¹ Krasny, der nach eigenen Worten versuchte, seine Landsleute »von Wien heraus mit Literatur zu überschwemmen« und die damit verbundenen Aufgaben als »persönliche Angelegenheiten« neben den »Geschäften des Südostbüros« betrachtete, musste allerdings »grosse Schwierigkeiten« eingestehen.¹⁴² Die *Swit*, erklärte der SOB-Mann im Februar 1920, werde im südwestlichen Teil Polens verteilt, ansonsten sehe es mit der Zusendung von Druckschriften jedoch schlecht aus. Hinzu komme die Verfolgung durch politische Gegner. Von »massenhaften Verhaftungen« sei die Rede, von 250 Arretierten in Warschau und 400 in der Provinz. »Meine Reise in die Heimat«, so Krasny wörtlich, »wäre gleich eine Reise in Gefängnis.«¹⁴³

Auf österreichischem Boden trat in diesem Zusammenhang am 7. Juni 1920 ein polnischer Arbeiterrat hervor, der die »reaktionären Cliques« um Józef Piłsudski verdammt und die Unterstützung Moskaus, wenn nötig auch »durch Waffenlieferungen«, forderte.¹⁴⁴ Den verfolgten Landsleuten konnten die Versammelten mit solchen Aussagen freilich leichter schaden als nützen. Beistand versprach eher die Initiative des Polnischen Büros beim ZK der RKP(b). Ein unter anderem von Dzeržinskij unterzeichneter Aufruf zur Hilfe für die Opfer der »bourgeoisien Warschauer Regierung« legte den Grundstein zur Internationalen Roten Hilfe.¹⁴⁵ Deren Leitung vertraute man dann gleichfalls einem Polen an, dem Parteiveteranen Julian Marchlewski.¹⁴⁶

Auf die Verfolgung polnischer Kommunisten machte in Wien auch die *Rote Fabne* aufmerksam. Wiederholt druckte sie Artikel über Treffen polnischer Arbeiter in Österreich ab, welche das Vorgehen gegen die Kommunisten in ihrer Hei-

¹³⁹ Hoensch: Geschichte der Tschechoslowakei (Anm. 132), S. 54.

¹⁴⁰ Braunthal: Geschichte der Internationale (Anm. 28), Bd. 2, S. 331.

¹⁴¹ ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Präsidium, Bericht der Polizeidirektion Wien vom 17. Oktober 1920. Zu den Diskussionen über die *Swit* siehe ÖSTA/AdR, Inneres/Justiz, Polizeidirektion Wien, Bericht vom 6. November 1920.

¹⁴² ÖSTA/AdR, Inneres/Justiz, Polizeidirektion Wien, Bericht vom Februar 1920.

¹⁴³ Ebenda.

¹⁴⁴ ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Liasse Österreich 2/4, Zl. 2.358 vom 9. Juni 1920.

¹⁴⁵ Hetfleisch, Gerhard: Schoberpolizei und Balkan-Bolschewiken (Diss.), Innsbruck 1990, S. 189.

¹⁴⁶ Marchlewski war 1921 auch als sowjetrussischer Gesandter für Österreich im Gespräch. Lazitch/Drachkovitch: Biographical Dictionary (Anm. 43), S. 257 f.

mat verurteilten.¹⁴⁷ Empörung rief beim KPÖ-Zentralorgan aber außerdem das Verhalten der Wiener Polizei hervor. Diese, hieß es in der *Roten Fahne* am 5. Juli 1921, habe sich durch eine Durchsuchung der *Swit*-Redaktion zum Erfüllungsgelhilfen Warschaws gemacht.¹⁴⁸ Dass es die tschechische Exekutive erwartungsgemäß mit den polnischen Kommunisten nicht viel besser meinte, konnte man indessen ebenfalls von den österreichischen KP-Journalisten erfahren. Sie meldeten am 31. Juli des gleichen Jahres, dass Józef Krasny bei Prag verhaftet und nach der Untersuchungshaft zur Grenze der CSR gebracht worden war.¹⁴⁹

Die polnische Kominternsektion schlittert vom politischen Abseits ihrer Frühphase 1926 – unter dem strengen Regiment Pilsudskis – direkt in die Illegalität. Die Probleme der polnischen Kommunisten wirkten sich unterdessen auf die kommunistische Bewegung in den nordöstlichen Gebieten der untergegangenen Donaumonarchie aus. Die Kommunistische Partei Ostgaliziens (Komunistyczna Partia Skhidnoi Halychny, KPSH), die hauptsächlich auf Initiative der *Borot'bisty*, der linken Sozialisten-Revolutionäre der Ukraine, am 8. Februar 1919 in Stanislav (Ivano-Frankivsk) gegründet wurde,¹⁵⁰ büßte durch den raschen Vormarsch polnischer Streitkräfte unter General Haller ihren Handlungsspielraum weitestgehend ein.¹⁵¹ Im Juli 1919 kam die Partearbeit in Lemberg völlig zum Erliegen.¹⁵²

Die KPSH, später als KP der Westukraine bezeichnet, wurde autonomer Teil der RKP(b).¹⁵³ In ihr setzten sich allerdings die alten Spannungen zwischen Polen und Ukrainern fort,¹⁵⁴ wobei die KPSH unter starkem Einfluss ihrer weiter östlich lebenden Landsleute stand. Signifikanterweise übersiedelte ein »Büro zur Unterstützung der revolutionären Bewegung« Ostgaliziens 1924 von Wien nach Char'kov, das bis 1934 Hauptstadt der Sowjet-Ukraine war.¹⁵⁵ Umgekehrt verlegte man von dort die Redaktion des KPSH-Organs *Naša Pravda* zur selben Zeit in

¹⁴⁷ Unter anderem Die Rote Fahne Nr. 71 vom 24. März 1925, S. 1.

¹⁴⁸ Die Rote Fahne Nr. 655 vom 5. Juli 1921, S. 6.

¹⁴⁹ Die Rote Fahne Nr. 678 vom 31. Juli 1921, S. 3.

¹⁵⁰ Mark, Rudolf A.: Die gescheiterten Staatsversuche, in: Golczewski, Frank (Hrsg.): Geschichte der Ukraine. Göttingen 1993, S. 172–201, hier S. 188.

¹⁵¹ Solchanyk, Roman: The Foundation of the Communist Movement in Eastern Galicia, 1919–1921, in: Slavic Review 30 (1977), H. 4, S. 774–794, hier S. 781 f.

¹⁵² Ebenda.

¹⁵³ Hájek/Mejdrová: Die Entstehung (Anm. 39), S. 299; Szafar, Tadeusz: The Origins of the Communist Party of Poland, in: Banac, Ivo (Hrsg.): The Effects of World War I. The Class War after the Great War: The Rise of Communist Parties in East Central Europe, 1918–1921, Brooklyn 1983, S. 5–52, hier S. 18.

¹⁵⁴ Solchanyk: The Foundation (Anm. 151), S. 792–794.

¹⁵⁵ Radziejowski, Janusz: The Communist Party of Western Ukraine 1919–1929, Edmonton 1983, S. 30.

die österreichische Bundeshauptstadt.¹⁵⁶ Ganz allgemein traten die Verbindungen zur alten Metropole des Habsburgerreiches deutlich hervor.¹⁵⁷

In Wien, wo die durch Georgij Pjatakow und Christian Rakovskij¹⁵⁸ gelenkte Räteregierung von Char'kov bis zum Entstehen der UdSSR eine ihrer diplomatischen Vertretungen unterhielt,¹⁵⁹ fanden zu Beginn der Zwanzigerjahre fast alle politischen Schattierungen der Ukraine Aufnahme.¹⁶⁰ So war etwa auch die am 13. November 1918 proklamierte Westukrainische Republik (Zachidno-Ukrains'ka Narodnja Respublika, ZUNR) in Österreich vorstellig geworden.¹⁶¹ Zugleich verfolgten die Politiker der ZUNR, die sich gegen Pilsudskis Operationen am 22. Januar 1919 mit den ebenfalls in Wien diplomatisch vertretenen Ostukrainern zusammengeschlossen hatten,¹⁶² auch weiterhin das Projekt des ethnischen Gesamtstaates. Delegierte verschiedener Gruppierungen trafen sich deshalb Anfang 1921 im Konsulat der ZUNR an der Mariahilferstraße im 7. Wiener Gemeindebezirk.¹⁶³ Unmittelbarer Auslöser für das Treffen war, wie einige Konferenzteilnehmer betonten, der Rücktritt des nationaldemokratisch orientierten Symon Petljura als ostukrainischer Regierungschef.¹⁶⁴ Petljura, der nach dem Abzug deutscher Besatzungstruppen in Kiew ein neues Machtzentrum, das so genannte »Direktorium«, mitbegründete und in weiterer Folge auch anführte, hatte im Kampf gegen die Sowjettruppen am Ende mit Pilsudski kooperiert und diesem Ostgalizien sowie das westliche Wollhynien abgetreten.¹⁶⁵

Für die ZUNR war dieser Schritt unannehmbar.¹⁶⁶ Ihre Führung ging im Dezember 1919 ins Exil nach Wien, um von hier aus mit Paris und London über die Anerkennung des bedrängten Staates zu verhandeln.¹⁶⁷ Jetzt aber, wo Petljura

¹⁵⁶ Ebenda, S. 31.

¹⁵⁷ Haider: Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen (Anm. 83), S. 63 f.

¹⁵⁸ Lazitch/Drachkovitch: Biographical Dictionary (Anm. 43), S. 310 f. u. 329 f.

¹⁵⁹ Conte, Francis: The Foreign Policy of the Soviet Ukraine and Its Domestic Implications 1919–1923, in: Gorodetzky, Gabriel (Hrsg.): Soviet Foreign Policy 1917–1991. A Retrospective, London 1994, S. 47 u. 50; Bessedowsky: Im Dienst der Sowjets (Anm. 87), S. 62 u. 66–68.

¹⁶⁰ ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Politische Akten, Liasse Ukraine 2/3, Zl. 750 vom 23. Februar 1921, Fol. 752–764; Haider: Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen (Anm. 83), S. 63–65.

¹⁶¹ Haider: Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen (Anm. 83), S. 63.

¹⁶² Kappeler, Andreas: Kleine Geschichte der Ukraine, München 1994, S. 173–175; Haider: Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen (Anm. 83), S. 63.

¹⁶³ ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Politische Akten, Liasse Ukraine 2/3, Zl. 540 vom 10. Februar 1921, Fol. 743.

¹⁶⁴ ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Politische Akten, Liasse Ukraine 2/3, Zl. 750 vom 12. Februar 1921, Fol. 756 f.

¹⁶⁵ Kappeler: Kleine Geschichte (Anm. 162), S. 173–175.

¹⁶⁶ Ebenda, S. 175.

¹⁶⁷ ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Politische Akten, Liasse Ukraine 2/3, Zl. 105 vom 10. Januar 1921, Fol. 691; Kappeler: Kleine Geschichte (Anm. 162), S. 175.

kein Hindernis mehr darstellte, wollten es die beiden Landesteile wieder miteinander versuchen. Die Zusammenkunft in der Mariahilferstraße beschloss, auf österreichischem Boden einen ukrainischen Nationalrat in Permanenz tagen zu lassen.¹⁶⁸ Einigkeit bestand bei den Versammelten, die ihre bereits verlorene Sache noch nicht aufgeben wollten,¹⁶⁹ über die gemeinsamen »Feinde«: Warschau auf der einen und Moskau auf der anderen Seite.¹⁷⁰

Die nationale Frage wurde indessen auch für die Linke zum Prüfstein. Über den Kurs der Kommunistischen Partei der Ukraine (Bolschewiki), die bezeichnenderweise ihren ersten Kongress in der Hauptstadt der RSFSR abhielt und entgegen ursprünglicher Eigenständigkeitsbestrebungen immer stärker in das Fahrwasser der RKP(b) geriet, herrschte Uneinigkeit.¹⁷¹ Österreichischen Regierungsstellen blieb dieser Sachverhalt nicht verborgen. Die Polizei informierte das Außenministerium dementsprechend: Die ukrainischen Kommunisten seien gespalten. Eine Gruppe votiere für die Vereinigung mit Sowjetrußland, eine andere, angeführt vom ehemaligen »Präsidenten des Direktoriums«, Volodymyr Vynnyčenko bestehe auf Unabhängigkeit.¹⁷² Vynnyčenko, dessen KP-Auslandsgruppe 1920/21 von Wien aus mit der Zeitschrift *Nova Doba* und einem »Offenen Brief an die revolutionären Sozialisten Europas« gegen die Hegemonie Moskaus Stellung bezog,¹⁷³ verfügte über einigen Einfluss.¹⁷⁴ Seine Gegner waren gezwungen zuzugeben, dass sie durch ihn in der Arbeit erheblich behindert würden.¹⁷⁵

Noch viel schwieriger waren die Arbeitsbedingungen allerdings für die Kommunisten in Ungarn.¹⁷⁶ Der verbotenen KP gelang es nicht, einen wirklich funkti-

¹⁶⁸ ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Politische Akten, Liasse Ukraine 2/3, Zl. 540 vom 10. Februar 1921, Fol. 743.

¹⁶⁹ Haider: Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen (Anm. 83), S. 63–65.

¹⁷⁰ Ebenda; ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Politische Akten, Liasse Ukraine 2/3, Zl. 540 vom 10. Februar 1921, Fol. 743.

¹⁷¹ RGASPI, f. 17, op. 86, d. 112; Reshetar, John S.: The Ukraine, in: Sworakowski, Witold S.: World Communism. A Handbook 1918–1965, Stanford 1973, S. 440–444, hier S. 440 f.; Mace, James E.: Communism and the Dilemma of National Liberation. National Communism in Soviet Ukraine 1918–1933, Cambridge 1983, S. 27–39; Kappeler: Kleine Geschichte (Anm. 162), S. 174.

¹⁷² ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Politische Akten, Liasse Ukraine 2/3, Zl. 750 vom 23. Februar 1921, Fol. 752.

¹⁷³ Ebenda; Vynnyčenko, Volodymyr: Die Revolution in Gefahr! Ein offener Brief der Auswärtigen Gruppe der Ukrainischen Kommunistischen Partei an die Kommunisten und revolutionären Sozialisten Europas und Amerikas, Wien 1921, S. 20.

¹⁷⁴ SAPMO-BA RY 1, I 2/3, 233, Bl. 132, 137 u. 146.

¹⁷⁵ SAPMO-BA RY 1, I 2/3, 233, Bl. 146.

¹⁷⁶ Mit dem bewaffneten Putsch vom 6. August 1919 und der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch den Fabrikanten István Friedrich hatten in Ungarn die »Falken der Konterrevolution« um Miklós Horthys Nationalarmee das Sagen. Unter Horthy, der 1920 zum »Reichsverweser« mit beschränkten königlichen Rechten gewählt wurde, gingen Offizier-

onierenden Untergrundapparat auszubauen.¹⁷⁷ Erfolglos blieb sie außerdem mit der 1925 als »Tarnorganisation gegründeten Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei«, die »keine größere Gefolgschaft mobilisieren« konnte.¹⁷⁸ Eine traurige Figur machte die magyarisch KI-Sektion auch im benachbarten Ausland.¹⁷⁹ Das noch während der Internierung Béla Kuns im niederösterreichischen Karlstein geschaffene provisorische Zentralkomitee legte sich durch andauernde Fraktionsstreitigkeiten lahm.¹⁸⁰ Die »Moskauer« um Kun und die »Wiener« um Ernő Landler, dem Volkskommissär für Inneres und Oberbefehlshaber der ungarischen Roten Armee während der Rätezeit,¹⁸¹ fanden keine gemeinsame Sprache.¹⁸² Darüber, wie es in Ungarn weitergehen sollte, welche Taktik die KMP (Kommunisták Magyarországi Párt) anwenden sollte, herrschte Uneinigkeit.¹⁸³

Dem EKKI bot sich ein desaströses Bild.¹⁸⁴ Nicht nur innerhalb des provisorischen ZK der KMP wurde gestritten. Sogar zwischen den magyarischen Exilvereinigungen in Österreich und Deutschland herrschte Eiszeit.¹⁸⁵ August Guralsky, seit 1922 permanenter KI-Repräsentant in Berlin,¹⁸⁶ erhielt die Instruktion, die Situation abzuklären.¹⁸⁷ Im Einvernehmen mit der Moskauer Zentrale blieb Guralsky, der auch unter dem Namen »Kleine« reiste, nicht viel übrig, als das Wiener Zentralkomitee zu suspendieren.¹⁸⁸ Die »Liquidierungsarbeiten«, welche nach Aussagen seiner Gehilfen nur schleppend vorangingen, führte dann »Genosse Albert« als Guralskys Nachfolger weiter.¹⁸⁹ Hinter dem Decknamen verbarg sich Hugo Eberlein, der einzige deutsche Teilnehmer am Kominterngrün-

kommandos im Verband mit paramilitärischen Organisationen gegen alles vor, was nach dem gestürzten System aussah. Die erst im Frühjahr 1920 abklingenden Repressionen, welche nicht einmal den Schein der Legalität besaßen, kosteten rund 5 000 Menschen das Leben, brachten 70 000 ins Gefängnis oder in rasch errichtete Internierungslager und zwangen viele Verdächtige zur Flucht ins Ausland. Hoensch, Jörg K.: Geschichte Ungarns 1867–1983, Stuttgart u. a. 1984, S. 99 f. Siehe auch Hetfleisch: Schoberpolizei (Anm. 145), S. 426.

¹⁷⁷ Hoensch: Geschichte Ungarns (Anm. 176), S. 109.

¹⁷⁸ Ebenda, S. 108 f.

¹⁷⁹ RGASPI, f. 491, op. 1, d. 53, Bl. 64 f.

¹⁸⁰ Molnár, Miklos: A Short History of the Hungarian Communist Party, Folkestone 1978, S. 25.

¹⁸¹ Korab, Alexander: Die Entwicklung der kommunistischen Parteien in Ost-Mitteleuropa. Bd. 1: Polen – Ungarn – Tschechoslowakei, Hamburg 1962, S. 64; Lazitch/Drachkovitch: Biographical Dictionary (Anm. 43), S. 211.

¹⁸² Borsányi, György: The Life of a Communist Revolutionary, Béla Kun, New York 1993, S. 245–247.

¹⁸³ Molnár: A Short History (Anm. 180), S. 25 f.

¹⁸⁴ RGASPI, f. 491, op. 1, d. 53, Bl. 64 f.

¹⁸⁵ Ebenda.

¹⁸⁶ Lazitch/Drachkovitch: Biographical Dictionary (Anm. 43), S. 136.

¹⁸⁷ RGASPI, f. 495, op. 80, d. 52, Bl. 31.

¹⁸⁸ Molnár: A Short History (Anm. 180), S. 25.

¹⁸⁹ RGASPI, f. 495, op. 80, d. 52, Bl. 31.

dungskongress 1919.¹⁹⁰ Eberlein kümmerte sich nun um das noch von Guralsky eingesetzte Rechtsschutzkomitee zur Unterstützung der »Emigranten und Eingekerkerten«,¹⁹¹ musste allerdings einräumen, dass es bei den Magyaren noch immer nicht besser aussah.¹⁹² Mitarbeiter Eberleins informierten Moskau am 27. Mai 1922, dass die Mitglieder des neuen, vom EKKI »eingesetzten illegalen ungarischen ZK« in Berlin »einzelweise«, in »von einander fern liegenden Wohnungen verhaftet« worden waren.¹⁹³ Als Polizeispitzel verdächtigten die Wiener KI-Bevollmächtigten Ernő Lipsitz, der in Österreich an einer kommunistischen »Fälscherwerkstätte« beteiligt war,¹⁹⁴ sowie Endre Rudnyánszky, der als einziger Vertreter Ungarns am ersten Kominternkongress teilgenommen und erst vor kurzem Russland im Parteauftrag verlassen hatte.¹⁹⁵ Misstrauen, Denunziation und Zwistigkeiten hemmten auch weiterhin die Reorganisation der KMP. Man muss befürchten, so das Team um Eberlein, »daß nach wie vor die Neigung zum gruppenweisen Weiterarbeiten besteht«. ¹⁹⁶ Erst 1925 versammelten sich die ungarischen Kommunisten in Wien, um ihren ersten Parteitag abzuhalten.¹⁹⁷ Die Chancen, in der Heimat Erfolge zu erzielen, waren freilich durch ständige Fraktionskämpfe und energische Maßnahmen des Horthy-Regimes nicht gestiegen.¹⁹⁸

Die Hoffnung auf einen größeren Einfluss erwies sich nicht bloß bei den magyarschen, sondern auch bei den rumänischen Genossen als trügerisch. Für die rumä-

¹⁹⁰ Lazitch/Drachkovitch: Biographical Dictionary (Anm. 43), S. 91 f.

¹⁹¹ Zur Situation ungarischer Flüchtlinge in Österreich in den Jahren 1921 bis 1925 siehe auch: Die Rote Fahne Nr. 661 vom 10. Juli 1921, S. 4; Nr. 909 vom 30. April 1921, S. 7; Nr. 711 vom 8. September 1921, S. 1; Nr. 722 vom 21. September 1921, S. 3; Nr. 985 vom 30. Juli 1922, S. 1 und Nr. 15 vom 17. Januar 1925, S. 3.

¹⁹² RGASPI f. 495, op. 80, d. 52, Bl. 32.

¹⁹³ Ebenda.

¹⁹⁴ Bundesarchiv R 1507/1084a, Bl. 229.

¹⁹⁵ Borsányi: The Life of a Communist (Anm. 182), S. 280; Lazitch/Drachkovitch: Biographical Dictionary (Anm. 43), S. 350. Lazitch und Drachkovitch behaupten, Endre Rudnyánszky sei in den Wochen vor dem am 22. Juni 1921 eröffneten Dritten Weltkongress der Komintern mit einem größeren Geldbetrag verschwunden. Laut Borsányi verließ Rudnyánszkys Russland allerdings auf Anordnung der Komintern. Seine Abkehr vom Kommunismus habe er dann, schreibt Borsányi, in einem Brief aus Wien begründet, bevor er als Juwelier in Temesvár aufgetreten sei. Für die Vermutung, Rudnyánszky könnte damals in Wirklichkeit für die Sowjetspionage tätig gewesen sein, liegen nach Borsányi keine Beweise vor. Dokumente aus Berlin und Moskau zeigen jedenfalls, dass Rudnyánszky sowohl im Dezember 1921 als auch im Frühjahr 1922 in die Partearbeit eingebunden war und zu vertraulichen KI-Informationen Zugang hatte. Bundesarchiv R 1507/1084a, Bl. 229; RGASPI, f. 495, op. 80, d. 52, Bl. 32.

¹⁹⁶ RGASPI, f. 495, op. 80, d. 52, Bl. 32.

¹⁹⁷ Hetfleisch: Schoberpolizei (Anm. 145), S. 428; Borsányi: The Life of a Communist (Anm. 182), S. 298–300; Korab: Die Entwicklung der kommunistischen Parteien (Anm. 181), S. 64.

¹⁹⁸ Hoensch: Geschichte Ungarns (Anm. 176), S. 99 f.

nische KP gab es schließlich überhaupt keine legale Zukunft. Sie wurde 1924 verboten.¹⁹⁹ Den Zweiten Parteitag hatte sie im Oktober 1922 noch im rumänischen Ploiesti abgehalten.²⁰⁰ Nun, anlässlich ihrer dritten Konferenz, musste sie nach Wien ausweichen, wo zeitweilig auch ihre Führung untergebracht wurde.²⁰¹

Lange dauerte es unter diesen Bedingungen nicht, bis man im Wiener Polizeipräsidium auf die rumänischen Exilanten aufmerksam wurde. Diesbezügliche Meldungen stammten überwiegend von den diplomatischen Vertretern Bukarests. Aus seiner Heimat und insbesondere von der dortigen Sicherheitsbehörde, der Siguranța, erhalte man Nachrichten über »Terroristen«, die sich mit Moskauer Emissären auf österreichischem Boden gegen seine Regierung verschworen hätten, erklärte etwa der rumänische Botschafter Mitilineu.²⁰² Man kenne, behauptete Mitilineu außerdem, sogar den Aufenthaltsort der Verschwörer, nämlich eine Wohnung im 2. Wiener Gemeindebezirk, wo sie bei der »Kommunistin Maria Fuchs« regelmäßig »Beratungen« abhalten würden.²⁰³ Im Zuge ihrer Untersuchungen entdeckten die Beamten von Johannes Schober dann allerdings lediglich eine jüdische Arbeiterküche, bei der Bettgeher aus zionistischen und sozialistischen Kreisen Aufnahme gefunden hatten.²⁰⁴ Die darunter befindlichen Rumänen erwiesen sich teilweise als KP-Anhänger, von Sprengstoffen, Waffen oder Ähnlichem war aber weit und breit nichts zu sehen.²⁰⁵

Nach Auffassung der Wiener Polizei lagen daher für diese Meldung der Siguranța ebenso wenig Beweise vor wie für ihre Behauptung, fünfzehn »Sowjetspione« befänden sich unter der Leitung eines russischen Generalstabsmajors in der ehemaligen k. k. Residenzstadt, »um von hier aus nach Rumänien abzugehen«.²⁰⁶ Schober, der solche Nachrichten als »völlig freie Erfindungen gewissenloser Konfidenten« bezeichnete,²⁰⁷ nahm andere Fälle dafür umso ernster. Seine Observan-

¹⁹⁹ Wolff, Robert Lee: *The Balkan in Our Time*, Cambridge/Massachusetts 1956, S. 114; Hitchins, Keith: *Rumania 1866–1947*, Oxford 1994, S. 399; Pavlowitch, Stevan K.: *A History of the Balkans, S. 1804–1945*. New York 1999, S. 251.

²⁰⁰ Hitchins: *Rumania* (Anm. 199), S. 399.

²⁰¹ Scharinger: *Balkanföderation und Arbeiterbewegung* (Anm. 52), S. 179.

²⁰² ÖSTA/AdR, Inneres/Justiz, Polizeidirektion Wien, Bericht vom 30. Dezember 1925; ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Gesandtschaft Bukarest, Zl. 10.056 vom 5. Januar 1926., Fol. 134.

²⁰³ ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Politische Akten, Liasse Rumänien 2/25, Zl. 10.056 vom 5. Januar 1926, Fol. 618.

²⁰⁴ ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Politische Akten, Liasse Rumänien 2/25, Zl. 10.564 vom 3. Februar 1926, Fol. 626 f.

²⁰⁵ ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Politische Akten, Liasse Rumänien 2/25, Zl. 10.564 vom 3. Februar 1926, Fol. 626.

²⁰⁶ ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Politische Akten, Liasse Rumänien 2/25, Zl. 10.564 vom 3. Februar 1926, Fol. 625; vgl. ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Gesandtschaft Bukarest, Zl. 10.056 vom 5. Januar 1926, Fol. 133.

²⁰⁷ Ebenda.

ten waren zum Beispiel knapp zwei Jahre zuvor den Brüdern Gustav und Josef Hoppe sowie einem gewissen Jacques Conitz auf die Spur gekommen.²⁰⁸ Conitz war zur Jahreswende 1923/24 in Begleitung von George Cristescu, dem Generalsekretär der rumänischen KP,²⁰⁹ in der österreichischen Hauptstadt eingetroffen.²¹⁰ Während Cristescu aber nach kurzer Zeit abreiste und im Sommer 1924 beim Vierten KI-Weltkongress zum EKKI-Mitglied gewählt wurde,²¹¹ blieben Conitz und die Brüder Hoppe in Wien.²¹² In Verbindung mit der Sowjetmission beteiligten sie sich dann an der Herausgabe eines »Bulletins« der Kommunistischen Balkanföderation (KBF), was sie bei einer »polizeilichen Perlustrierung«, so Schober später, offen zugaben.²¹³ Conitz, und die Brüder Hoppe wurden daraufhin aus Österreich »abgeschafft«.²¹⁴

Genau beobachtet wurde von den Wiener Behörden indes auch die Entwicklung der jugoslawischen KP. Sie konnte im Frühjahr 1920 bei jugoslawischen Gemeinderatswahlen überwältigende Erfolge erzielen.²¹⁵ Der Trend setzte sich fort. Im Parlament war sie Ende November 1920 mit 58 Mandaten die drittstärkste Kraft,²¹⁶ eine Entwicklung, die die Belgrader Zentralstellen nicht tatenlos hinnahmen.²¹⁷ Streikaktionen in Bosnien und Slowenien veranlassten die Regierung in einer Proklamation (*Obznana*), die kommunistischen Partei- und Propagandaarbeit weitgehend zu unterbinden.²¹⁸ Die KP-Spitze um den serbischen Generalsekretär Sima Marković²¹⁹ traf die Repressionsmaßnahmen trotz zahlreicher Warnzeichen im Vorfeld unvorbereitet.²²⁰ Trotz weitgehender politischer Isolierung hoffte Marković aber auch danach noch auf die Zurücknahme der *Obznana*,

²⁰⁸ Archiv der Bundespolizeidirektion Wien, Schoberarchiv, Kt. 50, Gruppe III: Kommunistische Bewegung – Russische Bewegung 1924.

²⁰⁹ Lazitch/Drachkovitch: Biographical Dictionary (Anm. 43), S. 203.

²¹⁰ ÖSTA/AdR, Inneres/Justiz, Polizeidirektion Wien, Bericht vom 16. Januar 1925.

²¹¹ Lazitch/Drachkovitch: Biographical Dictionary (Anm. 43), S. 203.

²¹² ÖSTA/AdR, Inneres/Justiz, Polizeidirektion Wien, Bericht vom 16. Januar 1925.

²¹³ Archiv der Bundespolizeidirektion Wien, Schoberarchiv, Kt. 50, Gruppe III: Kommunistische Bewegung – Russische Bewegung 1924. Siehe dazu auch: Die Rote Fahne Nr. 53 vom 3. März 1925, S. 1.

²¹⁴ ÖSTA/AdR, Inneres/Justiz, Polizeidirektion Wien, Bericht vom 16. Januar 1925; vgl. Die Rote Fahne Nr. 1606 vom 20. August 1924.

²¹⁵ Banac, Ivo: The Communist Party of Yugoslavia during the Period of Legality, in: Ders. (Hrsg.): The Effects of World War I: The Class War after the Great War: The Rise of Communist Parties in East Central Europe, 1918–1921. Brooklyn 1983, S. 188–230, hier S. 202; Hájek/Mejdrová: Die Entstehung (Anm. 39), S. 136; Hetfleisch: Schoberpolizei (Anm. 145), S. 343.

²¹⁶ RGASPI, f. 491, op. 1, d. 217, Bl. 5; Banac: The Communist Party of Yugoslavia (Anm. 215) S. 202; Hetfleisch: Schoberpolizei (Anm. 145), S. 343.

²¹⁷ Hetfleisch: Schoberpolizei (Anm. 145), S. 343.

²¹⁸ Banac: The Communist Party of Yugoslavia (Anm. 215) S. 302.

²¹⁹ Lazitch/Drachkovitch: Biographical Dictionary (Anm. 43), S. 259 f.

²²⁰ RGASPI, f. 491, op. 1, d. 217, Bl. 15.

obwohl ein Umdenken in Belgrad nach der Annahme der jugoslawischen Verfassung am 28. Juni 1921 immer unwahrscheinlicher wurde.²²¹

Während die Führung der Kommunisten weder in der Öffentlichkeit noch im Untergrund entschieden gegensteuerte,²²² mündete der Hass einzelner Parteimitglieder in Gewaltaktionen.²²³ Nach dem Attentat auf den Regenten Alexander und der Ermordung des Innenministers Milorad Drašković verabschiedete die Nationalversammlung am 2. August 1921 das »Gesetz zum Schutz des Staates«.²²⁴ Damit verfügten die Behörden über rechtliche Grundlagen, die im Bedarfsfall gegen jede Partei im Lande angewendet werden konnte und, so der österreichische Gesandte Hoffinger, »diktatorischen Mißbräuchen der Regierung Tür und Tor öffneten«.²²⁵ In Wien hatte man allen Grund, die Vorgänge genauestens zu beobachten. Der Beschluss vom 2. August 1921 brachte das Verbot der KPJ.²²⁶ Schon nach dem Erlass der Obznana hatte Hoffinger dem Bundesministerium für Inneres und Unterricht »strengste Grenzüberwachung« wegen »flüchtiger Bolschewiken« empfohlen.²²⁷ Nun, im Herbst 1921, schienen Abwehrmaßnahmen erst recht angebracht. Schließlich begann Sima Marković gemeinsam mit anderen geflohenen Parteifunktionären in Wien ein Auslandsbüro (*Zagranični Biro*) einzurichten, das sich als leitendes Organ der KPJ im In- und Ausland verstand.²²⁸

Dass sich führende KPJ-Funktionäre schon im August in das nördliche Nachbarland abgesetzt hatten, war der österreichischen Polizei bekannt. Niemand anderer als Otto Bauer hatte für vier kommunistische Politiker, »den Abgeordneten Ljuba Radovanović aus Esseg [Osijek], Dr. Milan Lemec aus Laibach [Ljubljana], Dušan Ćekić aus Mazedonien und Gjuro Cvijić aus Agram [Zagreb]«, die Aufenthaltbewilligung erbeten.²²⁹ Davon aber rieten die offiziellen Stellen »nach den

²²¹ Banac: *The Communist Party of Yugoslavia* (Anm. 215) S. 204.

²²² RGASPI, f. 491, op. 1, d. 217, Bl. 15.

²²³ Avakumovic, Ivan: *History of the Communist Party of Yugoslavia*. Aberdeen 1964, S. 53 f.; Hetfleisch: *Schoberpolizei* (Anm. 145), S. 346.

²²⁴ Banac: *The Communist Party of Yugoslavia* (Anm. 215) S. 204; Avakumovic: *History of the Communist Party* (Anm. 223), S. 53–55.

²²⁵ Hetfleisch: *Schoberpolizei* (Anm. 145), S. 346.

²²⁶ Pavlowitch: *A History of the Balkans* (Anm. 199), S. 260; Wolff: *The Balkan in Our Time* (Anm. 199), S. 110; RGASPI, f. 509, op. 5, d. 76, Bl. 31. Ähnlich wie die ungarischen Kommunisten versuchte auch die KPJ durch eine »legale Frontorganisation«, die Unabhängige Arbeiterpartei Jugoslawiens, im Königreich der Serben Kroaten und Slowenen wieder Fuß zu fassen. Das Ergebnis bei den Wahlen im März 1923 war jedoch niederschmetternd. Die Unabhängigen Sozialisten erreichten nur ein Prozent der Stimmern und keinen Sitz im Parlament. Scharinger: *Balkanföderation und Arbeiterbewegung* (Anm. 52), S. 167.

²²⁷ Hetfleisch: *Schoberpolizei* (Anm. 145), S. 344.

²²⁸ Avakumovic: *History of the Communist Party* (Anm. 223), S. 63.

²²⁹ ÖSTA/ADR, BMfA/NPA, Politische Akten, Liasse Südslawien 2/10, Zl. 4136 vom 29. August 1921, Fol. 56.

mit den Emigranten aus Ungarn gemachten Erfahrungen« dringend ab, wie es in der Begründung hieß, »im Interesse der öffentlichen Ruhe und Sicherheit«.²³⁰

Dass im Zusammenhang mit der Tätigkeit von Kommunisten aus Jugoslawien Überwachungen notwendig sein würden, hielten die Wiener Polizeistellen bereits für erwiesen. Schon im Herbst 1920 hatten die ermittelnden Beamten beobachtet, dass sich Mieczysław Bronski auffallend oft zur »Baumeisterswitwe Malvine Ambor« in die Arbesgasse Nr. 23 im 19. Wiener Gemeindebezirk begab, um dort »seine Mahlzeiten« einzunehmen.²³¹ Ähnlich wie Bronski gingen in der Folge auch andere »fremdländische Kommunisten« bei der Witwe Ambor ein und aus.²³² Bei einer »Nachschau« Anfang Oktober 1921, so der Zeitungsartikel in der *Neuen Freien Presse*, trafen dann die »Polizeidetektive« KPJ-Oberhaupt Sima Marković und das serbische EKKI-Mitglied Ilija Milkić²³³ mit ungefähr 100 Millionen Kronen in fremder Währung an.²³⁴ Marković und Milkić, die gerade vom Dritten Weltkongress der Komintern zurückgekehrt waren,²³⁵ brachten die Parteigenossen damit in größte Verlegenheit.²³⁶ Das Geld, das man in Berlin abgehoben und nach Wien mitgenommen hatte, riss ein großes Loch in das Budget der KPJ. Umso größer war die Entrüstung unter den südslawischen Kommunisten.²³⁷ Sie beschwerten sich über die Unvorsichtigkeit ihres Generalsekretärs: Marković habe ausgerechnet eine Wohnung bezogen, die ständig, Tag und Nacht, von Kurieren, Sowjetabgesandten und KP-Aktivisten aufgesucht worden sei. Außerdem bleibe unbegreiflich, wie ein hochgestellter Funktionär mit brisanten Aufträgen eine so große Summe nur notdürftig, nämlich »im Strohsack seines Bettes«, verstecken könne. Die Konfiskation der Gelder, erklärten die Kritiker abschließend, habe man der Polizei wirklich leicht gemacht.²³⁸

Die Affäre verschärfte die Spannungen innerhalb der KPJ. Wollte man den Führungsanspruch des Auslandsbüros schon bisher nicht hinnehmen, so verfügten parteiinterne Gegner von Marković nun noch über zusätzliche »Munition«.²³⁹ Die Konferenzen der jugoslawischen Kommunisten, die 1922, 1923 und 1926 in

²³⁰ Ebenda.

²³¹ ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Präsidium, Polizeiberichte (Schober) August bis Oktober 1920, Bericht vom 11. September 1920, Fol. 672.

²³² Neue Freie Presse Nr. 20 511 vom 5. Oktober 1921, S. 6.

²³³ Lazitch/Drachkovitch: Biographical Dictionary (Anm. 43), S. 270 f.

²³⁴ Neue Freie Presse Nr. 20 511 vom 5. Oktober 1921, S. 6.

²³⁵ Verein Geschichte der Arbeiterbewegung (VGA), Altes Parteiarchiv, I. Sozialdemokratische Parteistellen, 4. Republikanischer Schutzbund, Kt. 53, Mappe 308, Zeitungsauschnitte Kommunisten 1919–1928, Arbeiter-Zeitung vom 5. Oktober 1921; vgl. Neue Freie Presse Nr. 20 511 vom 5. Oktober 1921, S. 6.

²³⁶ Avakumovic: History of the Communist Party (Anm. 223), S. 64; RGASPI, f. 498, op. 1, d. 9, Bl. 92.

²³⁷ RGASPI, f. 498, op. 1, d. 9, Bl. 92 und f. 495, op. 161, d. 80, Bl. 11–22.

²³⁸ RGASPI, f. 498, op. 1, d. 9, Bl. 92.

²³⁹ Avakumovic: History of the Communist Party (Anm. 223), S. 63 f.

Wien abgehalten wurden,²⁴⁰ waren daher von Konflikten geprägt.²⁴¹ Die Komintern war in dieser Angelegenheit zunächst geneigt, die Differenzen auf rein persönliche Konflikte zurückzuführen.²⁴² Doch Sima Marković und einer seiner Kontrahenten, Kosta Novaković, gingen auch inhaltlich vollkommen unterschiedliche Wege. Glaubte Marković beispielsweise, dass Revolutionen für einige Zeit aufgeschoben und daher augenblicklich »konstitutionelle Reformen« angestrebt werden müssten, so behauptete Novaković genau das Gegenteil: Die Krise des Kapitalismus bestehe weiter, die Perspektive grundlegender gesellschaftlicher Umwälzungen bleibe unverändert aufrecht.²⁴³ Als langwierigstes und tiefgreifendstes Problem der KPJ erwies sich allerdings die nationale Frage. Gerade in diesem Zusammenhang wurden die Ansichten des Generalsekretärs äußerst kontrovers aufgenommen.²⁴⁴ Marković, der seine Spitzenfunktion beim Parteikongress 1926 verteidigen konnte,²⁴⁵ geriet wegen seines Standpunktes, ethnische Fragen am besten gar nicht zu thematisieren und derlei Forderungen nicht als Aufgabe der Partei anzusehen, immer mehr in die Defensive.²⁴⁶ Anders verhielt es sich bei jenen jugoslawischen Kommunisten, die den Nationalitätenfaktor gegen das bürgerliche Regime nutzen und die Völker Jugoslawiens zukünftig in einer Föderation von Arbeiter- und Bauernregierungen sehen wollten.²⁴⁷ Animiert von der Dritten Internationale gewannen diese Auffassungen Oberhand. Zum Jahreswechsel 1923/24 verurteilte die KPJ unmissverständlich die Pariser Vororteverträge. Erstmals sprach sie vom Recht der Separation, obwohl sie »im Interesse des Klassenkampfes« nicht die »unmittelbare Sezession«, sondern eine »Föderation mit weitgehender lokaler Selbstverwaltung« propagierte.²⁴⁸ Transmissionsriemen einer Politik, die als nächsten Schritt den »freien« Zusammenschluss aller »revolutionären« Staaten Südosteuropas anstrebte, wurde zu diesem Zeitpunkt aber nicht die jugoslawische KP, in der eine von Sima Marković repräsentierte Strömung erst unter Zuhilfenahme des erstarkenden Stalinismus endgültig ausgeschaltet werden konnte. Marković musste seinen Posten schließlich 1928 abgeben. Wichtiger war die Kommunistische Balkanföderation, in der

²⁴⁰ Suppan: Jugoslawien und Österreich (Anm. 2), S. 384; Avakumovic: History of the Communist Party (Anm. 223), S. 63; Scharinger: Balkanföderation und Arbeiterbewegung (Anm. 52), S. 167 f.

²⁴¹ RGASPI, F. 509, op. 1, d. 61, Bl. 15–22 und f. 495, op. 161, d. 82, Bl. 5–7.

²⁴² RGASPI, f. 491, op. 1, d. 217, Bl. 16.

²⁴³ Scharinger: Balkanföderation und Arbeiterbewegung (Anm. 52), S. 167.

²⁴⁴ Avakumovic: History of the Communist Party (Anm. 223), S. 62.

²⁴⁵ Suppan: Jugoslawien und Österreich (Anm. 2), S. 384; Lazitch/Drachkovitch: Biographical Dictionary (Anm. 43), S. 259.

²⁴⁶ Scharinger: Balkanföderation und Arbeiterbewegung (Anm. 52), S. 168–170.

²⁴⁷ Suppan: Jugoslawien und Österreich (Anm. 2), S. 384; Scharinger: Balkanföderation und Arbeiterbewegung (Anm. 52), S. 170.

²⁴⁸ Scharinger: Balkanföderation und Arbeiterbewegung (Anm. 52), S. 171.

sich die Kominternzentrale um Grigorij Zinov'ev vorwiegend auf die Genossen aus Bulgarien stützte.²⁴⁹

Während viele bulgarische Kommunisten nach den Ereignissen des September 1923, als ein kommunistischer Aufstand gegen die Regierung Alexander Cankov scheiterte, nach Jugoslawien, Griechenland oder Rumänien flohen, entschied die KP-Spitze, es den meisten in Bedrängnis geratenen Leitern der mittel- und südosteuropäischen KI-Sektionen gleichzutun. Sie übersiedelte nach Wien, wo die Aufstandsführer Vasil Kolarov und Georgi Dimitrov schon im Oktober 1923 ein Auslandskomitee der Bulgarischen Kommunistischen Partei (BKP) einrichteten.²⁵⁰ Diese Organisation verwandelte die BKP, die trotz interner Zwistigkeiten²⁵¹ noch immer über einigen Einfluss in der Heimat verfügte und formell erst im Frühjahr 1924 von Cankov verboten wurde,²⁵² wandelte das Auslandskomitee ein halbes Jahr in ihre Auslandsvertretung um. Die Auslandsvertretung bestand bis zum Sommer 1925.²⁵³ Wesentlichen Einfluss auf die Exilvereinigung, die sich

²⁴⁹ Ebenda, S. 168. In Bulgarien waren die Bedingungen für eine an Moskau orientierte Politik von Anfang an günstig gewesen. Die sozialistische Bewegung hatte sich 1903 gespalten, wobei der revolutionäre Flügel, die »Engherzigen« (*Tesnjaki*) genannt, durch ihre Friedenspolitik nach 1914 enormen Zulauf erhielt. Als sich die Tesnjaki im Mai 1919 der Komintern anschlossen und zur Bulgarischen Kommunistischen Partei (BKP) wurden, überwog im Land der Wille zur grundlegenden Neugestaltung der Gesellschaft. Ausgegangen waren die Bemühungen aber zunächst nicht von der probolschewistischen Linken, sondern von Alexander Stambulijski und seinem Bulgarischen Bauernvolksbund. Stambulijski hatte 1918 mit einem bewaffneten Aufstand den Sturz der Monarchie herbeiführen wollen, war damit aber erfolglos geblieben. Die Mitverantwortung trugen dafür auch die Tesnjaki. Sie lehnten eine Revolution unter der Führung einer Agrarbewegung ab und vermochten generell dem Leninschen Konzept der *Smyčka*, dem Zusammengehen von Arbeitern und Bauern, kaum etwas abzugewinnen. Die Gegensätze zwischen den beiden mächtigsten Gruppen im Land kamen indes anderen Strömungen zugute. Als letztere im Juni 1923 Stambulijskis seit 1919 herrschende Regierung stürzten, blieben die Kommunisten neutral. Statt den Agrariern beizuspringen, um Schlimmeres zu verhindern, schlossen sie auch jetzt ein Zusammengehen mit dem Bauernbund aus. Moskau entschied jedoch anders und ordnete einen Aufstand gegen die Staatsstreichsregierung von Alexander Cankov an, der in einem Fiasko endete. Unzählige Anhänger der KP und der Agrarbewegung fielen den Vergeltungsschlägen der Regierung Cankov und ihrer Verbündeten zum Opfer. Siehe dazu Krachmar, Lucien: *Communism in Bulgaria*, in: Banac: *The Effects of World War I* (Anm. 153), S. 231–277.

²⁵⁰ Hetfleisch: *Schoberpolizei* (Anm. 145), S. 275; Braunthal: *Geschichte der Internationale* (Anm. 28), Bd. 2, S. 311; Poretzky, Elisabeth K.: *Our Own People. A Memoir of »Ignace Reiss« and His Friends*, London/Toronto/Melbourne 1969, S. 66–68.

²⁵¹ RGASPI, f. 495, op. 18, d. 342, Bl. 1.

²⁵² Rothschild, Joseph: *East Central Europe between the Two World Wars*, Seattle/London 1974, S. 342 f.; Wolff: *The Balkan in Our Time* (Anm. 199), S. 112; Pavlowitch: *A History of the Balkans* (Anm. 199), S. 245.

²⁵³ Mitschev, D.: *Georgi Dimitrov und die österreichische Arbeiterbewegung*, in: *Mitteilungen des Bulgarischen Forschungsinstitutes in Österreich*. 2 (1979), H. 2, S. 25–52, hier S. 26; Hetfleisch: *Schoberpolizei* (Anm. 145), S. 276.

auch um die Einbeziehung der zahlreichen in Österreich lebenden bulgarischen Studenten bemühte,²⁵⁴ hatte in diesen Jahren hauptsächlich Georgi Dimitrov.²⁵⁵ Er nahm während seines illegalen Aufenthaltes bis zum März 1925 auch andere Aufgaben wahr, zum Beispiel als Komintern-Vertreter bei den österreichischen Kommunisten und als Sekretär der KBF.²⁵⁶ Dass Dimitrov auf österreichischem Boden eine rege Tätigkeit entfaltete, konnte die österreichische Regierung nicht wirklich beweisen. Erst als der spätere Kominterchef bereits wieder außer Landes war, erhielt der Ballhausplatz eine Notiz der rumänischen Siguranța, in der auf eine intensivere Aktivität der BKP-Mitglieder in der österreichischen Hauptstadt hingewiesen wurde.²⁵⁷ Wohl hatte die Polizei von Johannes Schober schon im November 1923 von der österreichischen Gesandtschaft in Sofia Personaldaten über die »Agitatoren Loukanoff, Dimitroff und Kolaroff« erbeten. Abgesehen von einigen biographischen Daten konnte jedoch wenig in Erfahrung gebracht werden.²⁵⁸

Überrascht reagierte die Wiener Polizei dann auf Pressemeldungen, in denen Österreich in Zusammenhang mit dem verheerenden Sprengstoffanschlag am 17. April 1925 gebracht wurde.²⁵⁹ An diesem Tag starben in der Kathedrale von Sofia mehr als 100 Menschen.²⁶⁰ Konsequenz der Gewalttat war eine Strafaktion der bulgarischen Regierung, bei der 3 000 Kommunisten festgenommen und drei von ihnen öffentlich gehängt wurden.²⁶¹ Zugleich liefen die Ermittlungen, speziell gegen die militärisch-technischen Kommission der BKP. Zwei ihrer Anführer hatten sich in der Folge als mutmaßliche Urheber des Attentates der Verhaftung mit Waffengewalt widersetzt und waren dabei ums Leben gekommen. Unter Verdacht gerieten aber auch die sowjetischen Auslandsgeheimdienste. Diesbezüglich führte die Spur, wie der Londoner *Daily Telegraph* bemerkte, wieder einmal nach Wien.²⁶² Auch die *Times* befasste sich mit dem Aufsehen erregenden Fall, nach-

²⁵⁴ ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Politische Akten, Liasse Bulgarien 2/10, Zl. 3840 vom 14. Dezember 1923 und Zl. 12.078 vom 8. März 1924; ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Gesandtschaft Sofia, Schreiben vom 4. Januar 1924; Fol. 874; vgl. Hetfleisch: Schoberpolizei (Anm. 145), S. 276.

²⁵⁵ RGASPI, f. 495, op. 18, d. 342, Bl. 1.

²⁵⁶ RGASPI, f. 492, op. 1, d. 297, Bl. 19.

²⁵⁷ ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Gesandtschaft Bukarest, Zl. 14.180 vom 30. Juni 1925, Fol. 907.

²⁵⁸ ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Politische Akten, Liasse Bulgarien, Zl. 3526 vom 24. November 1923.

²⁵⁹ Wolff: *The Balkan in Our Time* (Anm. 199), S. 113.

²⁶⁰ Pavlowitch: *A History of the Balkans* (Anm. 199), S. 243; Wolff: *The Balkan in Our Time* (Anm. 199), S. 113; Scharinger: *Balkanföderation und Arbeiterbewegung* (Anm. 52), S. 188.

²⁶¹ Courtois, Stéphane/Panné, Jean-Louis: *Die Komintern in Aktion*, in: Courtois, Stéphane u. a.: *Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror*, München/Zürich 1998, S. 307 f.; Serge: *Beruf: Revolutionär* (Anm. 127), S. 203.

²⁶² ÖSTA/AdR, BMFA, Gesandtschaftsarchiv London, Zl. 167/Pol. vom 1925.

dem der später hingerichtete Angeklagte Marko Friedmann²⁶³ während der Gerichtsverhandlungen auf Geldsendungen aus Österreich hingewiesen hatte.²⁶⁴ Nun zeigte sich auch das Foreign Office über die dortige Situation beunruhigt.²⁶⁵

Die Wiener Regierung reagierte entsprechend nervös. Verstimmt Westmächte waren das Letzte, was das kleine Land benötigte. Umgehend arbeitete man an einer Erklärung, wies durch die Gesandtschaft in London alle diesbezüglichen Vermutungen zurück²⁶⁶ und sammelte Nachrichten aus Sofia, in denen der Anschlag auf bulgarische oder »serbische Ursprünge« zurückgeführt wurde.²⁶⁷ Doch so sehr sich die offiziellen Stellen bemühten, die Vorwürfe, Wien sei unter den Augen der Polizei zur »Bolschewikenzentrale« geworden, zurückzuweisen, so wenig hatten sie es tatsächlich in der Hand, derartigen Einschätzungen wirklich und auf Dauer die Grundlage zu entziehen. Man wusste allerdings, dass mit dem sowjetischen Botschaftssekretär Ephraim Goldenstein, der sich den Namen »Tschersky« zugelegt hatte, ein Mann in der Gesandtschaft saß, der als »Balkanspezialist« galt.²⁶⁸ Auch die Bestellung des prominenten Sowjetdiplomaten Adolf Ioffe zum Botschafter der UdSSR in Österreich hatte Spekulationen über eine Aufwertung Wiens als »Propagandazentrum« genährt. Für die österreichischen Sicherheitsbehörden konnte es keine Entwarnung geben. Die alte k. k. Hauptstadt hatte ihre Bedeutung für die Komintern Mitte der Zwanzigerjahre noch lange nicht verloren.²⁶⁹

²⁶³ Serge: *Beruf: Revolutionär* (Anm. 127), S. 203.

²⁶⁴ ÖSTA/AdR, BMfA, Gesandtschaftsarchiv London, Zl. 177/Pol. vom 1925.

²⁶⁵ ÖSTA/AdR, BMfA, Gesandtschaftsarchiv London, Zl. 157, 167, 177/Pol. vom 1925.

²⁶⁶ ÖSTA/AdR, BMfA, Gesandtschaftsarchiv London, Zl. 167/Pol. vom 1925.

²⁶⁷ ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Gesandtschaft Sofia, Zl. 13.439 vom 19. Mai 1925, Fol. 189.

²⁶⁸ ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Gesandtschaft Bukarest, Zl. 15.422 vom 27. Oktober 1924, Fol. 687; ÖSTA/AdR, Inneres/Justiz, Polizeidirektion Wien, Bericht vom 16. Februar 1925 und 16. Juni 1925. Siehe dazu Bessedowsky: *Im Dienst der Sowjets* (Anm. 87), S. 90 f.; ÖSTA/AdR, Inneres/Justiz, Polizeidirektion Wien, Bericht vom 16. Januar 1925 und 16. Juni 1925. Hervorzuheben sind diesbezüglich aber auch die Ausführungen in: Suppan: *Jugoslawien und Österreich* (Anm. 2), S. 388–390.

²⁶⁸ Troebst, Stefan: *Wien als Zentrum der mazedonischen Emigration in den Zwanziger Jahren*, in: *Mitteilungen des Bulgarischen Forschungsinstitutes in Österreich 2* (1979), H. 2, S. 68–86, hier S. 69 f.; Hetfleisch: *Schoberpolizei* (Anm. 145), S. 277–279.

²⁶⁸ Hetfleisch: *Schoberpolizei* (Anm. 145), S. 280. Über Verbindungen Moskaus mit nationalen Bewegungen des Balkans, insbesondere mit den revolutionären beziehungsweise föderalistischen Makedoniern und der kroatischen Bauernpartei von Stjepan Radić wird ein eigenes Kapitel des im Endbericht des eingangs erwähnten Forschungsprojektes Auskunft geben, das sich mit den Wirkungen von Leitsätzen und allgemeinen Strategien der Dritten Internationale am Beispiel des KI-Standorts Wien befasst.

²⁶⁹ Hetfleisch: *Schoberpolizei* (Anm. 145), S. 185.